

# Der Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Bernierode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Postgebühren, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erhöht sich jährlich um 10 Pfennig, und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unfern Wern und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei Halberstadt, Postfach 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Becker, G. m. b. H., Bernierode, für Postamt u. Wirtschaft Wern u. Bernierode, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Helme u. Unterteile Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die adreßgetreue Zeile pro Tag 15 Pfennig, auswärts 40 Pfennig, Restausgabe 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Postung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gensätze nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Postfach 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 48, Bernierode 4526 und Volksbildungsleitung (Steigerwald) Bernierode, Burgstraße 30.

Nr. 274

Dienstag, den 24. November 1931

3. Jahrgang

## Mageres Resultat.

Die acht Leitsätze des Wirtschafts-Beirats.

Die Regierung hat die Auseinandersetzungen im Wirtschaftsbeirat, in acht Leitsätzen zusammengefaßt, am Montag veröffentlicht. Man darf diese Leitsätze, deren wesentliche mit an anderer Stelle mitteilen, nicht so beurteilen, als ob sie die einmütige Zustimmung des Wirtschaftsbeirates gefunden hätten. Der Regierung war sicherlich viel daran gelegen, Einmütigkeit zu erzielen. Das ist nicht gelungen und konnte nicht gelingen.

Die Leitsätze enthalten vieles, was die Vertreter der Gewerkschaften gebilligt haben; z. B. sind wichtige Vorstöße auf die Initiative der Gewerkschaftsvertreter zurückzuführen. Das gilt z. B. für die Wahrung der Deflationspolitik, für die Angliederung der landwirtschaftlichen Produktionspreise an die Konsumtenpreise, für die Abschaffung jeglicher Inflation, für die Senkung der Zinsen, der Preise usw. Das sind Programmpunkte, die auch von den Gewerkschaften immer wieder gefordert worden sind.

Streitpunkt ist die Senkung der Löhne und Gehälter. Die Regierung versichert immer wieder, Löhne und Preise zugleich senken zu wollen um eine Schrumpfung der Kaufkraft zu vermeiden. Das liegt zweifellos auch auf der Linie des angekündigten Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung. Das nach dem Wort des Reichspräsidenten „lojal gerecht“ und „wirtschaftlich wirksam“ sein soll. Wer gibt aber den Gewerkschaften in dem Prozeß, den die Regierung mit ihrer bevorstehenden Anordnungsverordnung einleiten will, die Garantie, daß die Reallohn- und Reallohnverluste nicht zu groß werden? Oder die andere Garantie, daß immer noch der Wortlaut des Reichspräsidenten verstanden wird? Schließlich wird die Regierung Bestimmung nicht erlangen können und eine andere Regierung könnte z. B. aus Lenderungen auf dem Gebiete des Schlichtungswesens Waffen schmeißen, die der Arbeiterschaft eines Tages arg bekommen könnte.

Auch das Unternehmertum hat den Arbeitern versprochen, die Wirtschaft durch Lohnabbau anzukurbeln und die leer gewordenen Werkstätten wieder zu besetzen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Politik des einseitigen Lohnabbaues hat das Arbeitslosenheer vermehrt.

Die Politik der Reichsregierung muß u. E. ebenfalls mit einem Fiasko enden. In dem Brief des Reichspräsidenten an den Reichstagsrat, der die Beratungen des Wirtschaftsbeirates einleitete, wurde von einer Verminderung der Arbeitslosenheere gesprochen. Wenn entgegen dieser Vorhersage, sich die Arbeitslosigkeit weiter steigert — und menschlichen Ermessen nach kann es nicht anders sein — dann wird die Entladung ein enttäuschtes Volk zurückerufen. Diese Entladung kann mit dem Schicksal Deutschlands gleichbedeutend sein.

und Werte aufeinander“. Der Wirtschaftsbeirat hält sich hierbei auf dem Boden der Reichsregierung, daß jegliche Maßnahmen inflationistischen Charakters entschieden abzulehnen und diese Ausgaben durch einen unvollständigen Plan in das geschlossene u. von anderen bedingende Maßnahmen zu lösen sei.

Voraussetzung einer Weiterführung der deutschen Wirtschaft ist „der Ausgleich der Haushalte

im Reich, bei der Reichsbahn, in Städten und Gemeinden“. Ferner sei es zur Wiederherstellung und Festigung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft im In- und Ausland notwendig, daß „außer der dringend gebotenen Stärkung der Reparationsleistungen rechtzeitig vor Ablauf des Stillhalteabkommens eine Neuregelung über die in Deutschland investierten Kredite hinsichtlich Begründung, Amortisation und Sicherstellung geschaffen werde“. Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und Wirtschaftsbeirat bestand darüber, daß eine weitere notwendige Voraussetzung unvollständiger wirtschaftlicher Maßnahmen eine halbe und klare Regelung der Verhältnisse zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Bankensystem ist, weil die im Satz d. 3s. in dem Monat der Bankkrise getroffenen notwendigen Regelungen selbstverständlich nur als Provisorium anzusehen sind“.

### Die Leitsätze.

Die von der Reichsregierung im Anschluß an die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat am Montag veröffentlichten Leitsätze bezeichnen als:

**Aufgabe des kommenden Wirtschaftsprogramms**  
zur Vermehrung der Arbeitskraft und der anderen wirtschaftlichen Möglichkeiten die Aufwendungen der gesamten Wirtschaft in weitem Maße an die teils durch Währungsveränderungen, teils durch andere Gründe bedingten Preisveränderungen auf den Weltmärkten und an die Vermögens- und Einkommenslage in Deutschland anzupassen, unter Abstimmung der einzelnen Aufwendungen

## „Der Lohn unantastbar!“

Sozialdemokratische Forderungen an Brüning.

Am Montag fand in der Reichstagskammer eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung, auf der eine Reihe von wirtschaftlichen Angelegenheiten standen, erbat Abg. Breitscheid das Wort, um, wie er sagte, die erste sich bietende Gelegenheit zu einer Kritik an dem am Montag veröffentlichten

die Ausführung des Reichstagsbeschlusses über die Winterhilfe mit Kohlen und Kartoffeln und die Sicherung der Invaliden-Versicherung gegen alle Zahlungsschwierigkeiten.

Durch Reichsgeheimrat vom 28. März 1931 ist die Reichsregierung verpflichtet, eine Erhöhung des Brotpreises vorzubereiten. Trotzdem ist in den letzten Monaten der Brotpreis über den vorgelegenen Preis gestiegen, ohne daß Gegenmaßnahmen der Reichsregierung getroffen worden wären. Da außerdem durch die Knappheit an Roggen die Gefahr besteht, daß der Brotpreis sich in Zukunft noch mehr erhöht, verlangt die Sozialdemokratie strittige Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen.

Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Reichsminister Schiele

**Kommunikation über die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates**  
zu benutzen. Breitscheid warnte im Namen der Reichstagsfraktion die Regierung davor, daß sie in diesem Kommuniqué niedergelegten Thesen zur Grundlage eines Regierungsprogramms mache. Er verwies dabei hauptsächlich auf die Sätze über die Senkung und das Zins- und Schuldensystem. Während von der Breitscheidung nur in sehr allgemeinen Wendungen die Rede sei, werde die Notwendigkeit einer weiteren Herabsetzung der Löhne und Gehälter mit direkten Worten als unvermeidlich bezeichnet. Es werde des weiteren erklärt, daß der Grundgedanke des Tarifrechts erhalten bleiben müsse, aber es folgten dann Ausführungen von Veränderungen, die tatsächlich das Tarifrecht unterminieren würden.

Diese Sätze würden in der Arbeiterschaft große Beunruhigung auslösen, und wenn die Regierung sie zur Grundlage einer neuen Anordnungsverordnung mache, würden Spannungen entstehen, die nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben könnten. Die Arbeiterschaft werde auf neue den Eindruck erlangen, als ob die Kosten der Wirtschaftskrise in der Hauptsache von ihr zu tragen seien.

Reichstagsrat Dr. Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald bemüht sich, die Befürchtungen der Sozialdemokratie zu entkräften. Man müsse die Antinomie der Lohnsenkung im Zusammenhang mit der Erklärung lesen, daß Preise und Löhne in Uebereinstimmung miteinander gleichzeitig herabzusetzen seien, aber man werde um die Lohnreduzierung angefragt der durch die enge finanzielle Bindung und die ausbleibenden Zollrückstellungen bestimmten neuen Exporterwartungen nicht herabkommen. Was das Tarifrecht anlangt, so sei das wesentliche, daß an seinem Grundgedanke nicht gerüttelt werde. Es handele sich nur darum, es mit Rücksicht auf örtliche, zeitliche und branchenmäßige Verhältnisse elastischer zu gestalten.

lagte die Reichsregierung bindend zu.

Daß die Brotkränkel nach ihrem Vorlauf durchgeführt, der frühere Brotpreis wiederhergestellt werden soll und außerdem durch eine Verbilligung der Futtermittel die Verbilligung des Roggens vermieden werden soll.

Als dann verlangt die sozialdemokratischen Vertreter Aufhäuser, Herz und Hifferding Auskunft über die von der Regierung zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses über eine zusätzliche Winterhilfe

getroffenen Maßnahmen. Die in einigen Gegenden abgeforderten Vereinbarungen zur Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für Erwerbslose wurden von den sozialdemokratischen Vertretern für nicht ausreichend erklärt; sie verlangen vielmehr auf eine neue obligatorische und einheitliche Regelung für das ganze Reich. Die Regierung stellte eine solche Regelung in Aussicht. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine

zutreffende Winterhilfe getroffenen Maßnahmen. Die in einigen Gegenden abgeforderten Vereinbarungen zur Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für Erwerbslose wurden von den sozialdemokratischen Vertretern für nicht ausreichend erklärt; sie verlangen vielmehr auf eine neue obligatorische und einheitliche Regelung für das ganze Reich. Die Regierung stellte eine solche Regelung in Aussicht. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine

**Verbilligung von Fleisch für Erwerbslose um 30 bis 35 pro Hund** beabsichtigt.

Schließlich wurde die Finanznot der Invalidenversicherung erklärt und dargelegt, daß eine Anzahl von Landesversicherungsanstalten vor unmittelbarer Zahlungsunfähigkeit stehen. Es wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie den bestehenden Anstalten ermöglicht, die Reichsversicherungsanstalt der Invalidenversicherung im Vorzuge ausgenutzt werden können, mit Hilfe des Reiches, soweit erforderlich, Hilfen zu leisten. Der Reichsfinanzminister sagte seine Zustimmung bei der Behebung der bestehenden Kassenlückigkeiten der Landesversicherungsanstalten zu.

Die Abgeordneten Breitscheid und Aufhäuser stellten gegenüber den Erklärungen der Regierungsmitglieder fest, daß ihre Befürchtungen durch diese Erklärungen keineswegs getilgt seien und sie erforderten die Regierung nochmals mit allem Nachdruck, bei ihrer Anordnungsverordnung mehr als bisher Rücksicht auf die Lage und auch auf die Psychologie der Arbeiterschaft zu nehmen. Eine einheitliche Stellungnahme kann natürlich erst erfolgen, wenn die Pläne des Kabinetts, das durch die Wünsche und Forderungen des Beirats nicht gebunden ist, feste Umrisse angenommen haben.

Mit dem Ergebnis der Verhandlungen wird sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag beschäftigen.

### Der Bundesausschuß des ADGB.

Ist für Mittwoch nach Berlin einberufen. Er wird sich in erster Linie mit den neuen Lohn- und wirtschaftspolitischen Leitsätzen der Reichsregierung befassen.

Die eigentlichen Verhandlungen betreffen die Sicherung des Brotpreises und der Brotverteilung.

Das war sicherlich die eine Ueberlegung, die den Gewerkschaftsvertreter Braumann in der Sonntagssitzung des Wirtschaftsbeirates zu der Erklärung bestimmte hat, daß das Ergebnis der Verhandlungen die Arbeitnehmer nicht befriedigen könnte. Dieser Erklärung haben die Vertreter sämtlicher Gewerkschaften beigegeben. Des anderen sind die Hoffnungen der Gewerkschaften auf eine gesetzliche Regelung der 40-Stundenwoche enttäuscht worden. Diese und rein wirtschaftliche Ueberlegungen dürften die wichtigsten Gründe sein, die die Haltung aller Gewerkschaften bestimmen. Immer ihre unabweisende Meinung haben sie niemandem im Stillen geflohen.

Die Reichsregierung hat in ihren Richtlinien zugleich Gelegenheit genommen, das Spiel ihres wirtschaftspolitischen Kurses näher zu umreißen. Sie spricht von einer Anpassung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse an die durch Währungsveränderungen und andere Gründe bedingten Preisveränderungen auf dem Weltmarkt. Sie will dadurch Wirtschaftskraft und andere wirtschaftliche Schwerkraft vermehren und arbeitet so das Ziel heraus, das die Arbeiter der deutschen Wirtschaftsstellen zu setzen. Sie will lojal gerecht bleiben. Deshalb sollen, wie es in ihren Richtlinien heißt, unter Wahrung der Bindungen, die für Preise und Löhne bestehen, Preise und Löhne in Uebereinstimmung miteinander gleichmäßig herabgesetzt werden. Insbesondere will man die gebundenen Preise einem neuen Niveau anpassen.

Wir zweifeln nicht daran, daß es der Regierung mit der Senkung der Löhne und Preise ernst ist. Wie die christlichen Gewerkschaften in einer Verlautbarung mitteilen, hat in der Sitzung des Wirtschaftsbeirates am Montag der Reichsarbeitsminister Stegerwald noch einmal nachdrücklich festgestellt, daß unter ganz feinen Umständen daran gedacht werden könnte, die Löhne und Gehälter zu senken, sondern daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, neben den gebundenen Preisen auch alle anderen Preise, ebenso die Mieten und die Löhne für Gas, Elektrizität und Straßenbahn zu senken. Denn alle diese Folgen sind zur Kostenreduzierung des Arbeitervermögens notwendig. Der Reichsarbeitsminister hat die Regierung mit dieser Erklärung freigelegt. Aber es kommt schließlich alles darauf an, ob man Löhne und Preise in dem Ausmaß senken kann, was das erforderlich ist, um zu verhindern, daß der Kaufkraft und der Reallohn in Deutschland einem unheilvollen Schrumpfungspfeil verfallen.

Wir sind überzeugt, daß man auf dem Gebiet der Reallohn- und Reallohnverluste, angefangen beim Essen und bei der Kohle bis zum Betriebe und der Erwerbslosigkeit, der Mieten und der Reallohnverluste tun kann, wenn man will. Wir sind auch überzeugt, daß das die Konjunktur beben und anregen wird; auch Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten werden sich einstellen. Aber wir betonen, daß ein Ausgleich möglich ist, und deshalb wird eine Lohn- und Gehaltsenkung, möge man sie immer wieder in Zusammenhang mit einer Preisreduzierung bringen, auf Kosten des Reallohnverlustes gehen. So ist zu betonen, daß der Prozeß der Anpassung, den die Regierung in ihren Richtlinien andeutet, mit einer Schrumpfung der Reallohn- und Reallohnverluste verbunden wird. Damit begibt sich die Reichsregierung auf den Weg der von dem baltischen Unternehmertum seit zwei Jahren bevorzugten Politik des einseitigen Lohnabbaues.

# Die englischen Zölle.

Auf Grund des Antidumpinggesetzes hat der englische Handelsminister Ende der verflochtenen Woche die angedehnten englischen Wertpapiere veröffentlicht. Sie sind schärfer ausgefallen, als zu befürchten war. Für einen erheblichen Teil industrieller Wertpapiere sind Wertpapiere in Höhe von 50 Prozent in Kraft gesetzt worden. Die ab Mittwoch, dem 25. November, wirksam werden. Nicht bloß die hiermit für einige Wertpapiere festgesetzten Schutzzölle, so für Maschinenbauwerke, keramische Waren, Stoffhandelswaren, Papier, sind von ihrem bisherigen Satz von 33 Prozent auf 50 Prozent erhöht worden, sondern der Preis der Zollpflichtigen Waren ist ganz wesentlich erweitert worden.

Für viele Gebiete der Textil- und Bekleidungsindustrie, so für die Wollwaren- und Leinenindustrie, ferner für die Herrentonfellerie und Lederhandelsindustrie, ist der ergebene hohe Schutzzoll von 50 Prozent geschaffen worden. Desgleichen werden Wertpapiere in Höhe von 50 Prozent auf die Einfuhr von Werkzeugen, Schreibmaschinen, Analeum, Teppichen, Radioapparaten, kosmetischen Waren, Gummitreifen u. a. mehr gelegt.

Nach den bisherigen Londoner Preisformularen sollen die Zollpflichtigen Waren nach den Einfuhrpreisen von 1930 eine Wertsumme von circa 600 Millionen Mark umfassen. Das entspricht etwa 10 Prozent der englischen Fertigwarenimporteure von 1930. Jedoch handelt es sich u. E. bei dieser Angabe noch um eine Unterschätzung. Nach den Einfuhrpreisen der ersten zehn Monate des laufenden Jahres hielten von nun an etwa 15 Prozent der englischen Fertigwareneinfuhr mit dem 50prozentigen Wertpapiere belegt sein. Dieser Zollfuß dürfte zugleich der 20prozentigen Fundamentierung auf zahlreichen Gebieten prohibitiv, wie eine Einfuhrzölle werden. Nur solche deutschen Exportwaren, die schon bisher auf Grund ihrer Qualität und Beliebtheit für den englischen Markt unentbehrlich sind, werden möglicherweise über diese erhöhten Zölle hinwegkommen.

Von den englischen Zöllen werden in erster Linie die kontinentalen Länder, insbesondere Deutschland, die Tschechoslowakei und Dänemark, aber auch Frankreich und Belgien betroffen. Besonders schwer sind die Auswirkungen für die deutsche Exportindustrie. Die deutsche Ausfuhr nach England betrug im Jahre 1930 insgesamt 1219 Millionen Mark, in den ersten drei Quartalen 1931 = 800 Millionen Mark. Auf die mit dem neuen Wertpapiere belegten Waren entfielen hieron circa 150 Millionen Mark, also fast 20 Prozent der deutschen England-Ausfuhr. Einen ganz schweren Schlag erhalten einzelne Zweige der deutschen Textilindustrie, insbesondere die schiffliche Baumwollindustrie, die in größerer Stoffhandelsindustrie und die Wollindustrie. Von der großen deutschen Ausfuhr an Kunststoffs-

färbungen nahm England bisher die Hälfte ab, von dem Export an Stoffhandelswaren ein Drittel. Mehr als 40 Millionen Mark betrug in den ersten neun Monaten die Ausfuhr an Wollstoffen und sonstigen Wollewaren nach England. Aber auch zahlreiche andere Industriezweige und deren Arbeiterkräfte werden unter den Folgen der englischen Zollmaßnahmen zu leiden haben. Auch wenn man noch berücksichtigen, daß es sich bei diesen Maßnahmen in Kraft getretener Zollmaßnahmen nur um die ersten Zeit- und Anordnungen handelt und es ist zu befürchten, daß noch weitere Zollmaßnahmen, insbesondere zugunsten der englischen Schwerindustrie, folgen können.

Für England bedeutet dieses neue Zollstatut einen Bruch mit der bisherigen Tradition der weitgehenden Ausfuhrfreiheit des Reiches. Von Englands Übergang zu einer überlegierten Protektionismus sind aber die argsten Rückwirkungen hinsichtlich Abnehmermaßnahmen und weitergehender Abwertung im gesamten Außenhandel zu befürchten. Nun muß man freilich England aus guten Gründen ablehnen, daß die englische Zollpolitik sich infolge des zehnjährigen abgeschwundenen Defizits der Handelsbilanz in einer gesahrloten Lage befindet. Die englischen Ausfuhrverluste betragen in den laufenden drei Monaten 3 1/2 Milliarden Mark. Das Defizit der englischen Handelsbilanz erreichte im gleichen Zeitraum die Riesensumme von 7 Milliarden Mark. Trotzdem ist der Weg, der hier eingeschlagen wird, falsch und kann auch für England mehr Schaden als Nutzen stiften. England ist nach seinen großen Exportverlusten in Übersee wie es auf den festländischen Weltmärkten angewiesen. Die kontinentalen Länder werden die überlegierten protektionistischen Maßnahmen Englands sich nicht gefallen lassen. Diesem gefährlich wäre es freilich, den Versuch zu machen, wie es hier und da von der deutschen Industrie empfohlen wird, durch weiteren Zollrückzug die englische Zollbarriere zu überbringen. Dies erscheint angesichts der Höhe der englischen Zölle von vornherein aussichtslos und selbst, wenn es zeitweilig gelänge, so wäre die vorausgesetzte Folge, daß England durch weitere Zollsteigerungen sich zur Wehr setzt. Also eine Schraube ohne Ende.

Die englischen Zollpötte gelten zunächst nur für 6 Monate. Eine endgültige politische Entscheidung über den Weg, den man zu gehen hat und ist, so lauten die englischen Meldungen, nicht vor Anfang nächsten Jahres zu erwarten. Die Zwischenzeit muß zu internationalen Verhandlungen ausgenutzt werden. Die englischen Maßnahmen sind ein neues Zeichen, daß die europäische Kredit- und Währungsnotlage besänftigt bereinigt werden muß, wenn nicht ein völliger Zerfall der internationalen Austausch- und Wertpapierebeziehungen und eine meißelnde Abwertung der Gelder eintritt. Ist die dringlichste Maßnahme zur Bekämpfung der Krise und zur Berührung führen müßte.

gefeht werden müssen, um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft zu vermeiden. Insbesondere sind die gebundenen Preise einem neuen Preisniveau anzupassen. Eine systematische Aufhebung sämtlicher Preisbindungen wird jedoch zur Erreichung dieses Zieles nicht empfohlen, auch sind die erforderlichen Preisentlastungen nicht durch eine prozentuale gleichmäßige Verminderung der gegenwärtigen Preise und Preisspannen herbeizuführen. Dagegen sind Richtlinien aufzustellen, nach denen eine dem neuen Preisniveau entsprechende Preissteigerung bei allen gebundenen Preisen herbeigeführt wird, die bisher auf einem hohen Stande bestanden. Sofern eine freiwillige Anpassung der Preise an diese Richtlinien nicht eintritt, erscheint eine sofortige Aufhebung der Bindungen erforderlich.

## Zur Senkung von Zöllen und Gehältern

Das folgende bemerkt: „Der Grundgedanke der Tarifverträge muß erhalten bleiben. Auch könnte er ohne die gesetzliche Unabhängigkeit seine wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen. Auch auf dem Gebiete des Beschäftigungswesens erscheinen gewisse Änderungen zur Zeit nicht erforderlich. Dagegen ist eine veränderte Handhabung notwendig. Insbesondere soll die Verbindlichkeitserklärung durch Stärkung der Zusammenarbeit und Selbstverantwortung der Tarifparteien eingeführt werden. Der Inhalt der Tarifverträge muß sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen, damit in der bekämpften Lage der Wirtschaft und bei dem geringen Grad der Beschäftigung Erleichterungen erzielt werden können. Bei dieser Auflockerung der Tarifverträge sind kritische Berücksichtigung der zeitlichen Veränderungen, branchenspezifische und betriebliche Unterschiede, die Stellungsmessungen der einzelnen Arbeitnehmerkategorien insbesondere zu berücksichtigen.“

## Die Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen

Das folgende bemerkt: „Die Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen wird für erforderlich gehalten. Nach dieser Richtung hat die Reichsbahn ihre leitende Mitarbeiter zugestimmt. Die Preisregulierung bedingt weiter als ihre unabweisbare Aufgabe, durch nachdrückliche Einwirkung auf die zuständigen Landes- und Kommunalbehörden eine höhere Herstellung aller öffentlichen Dienste vor allem bei Straßenbahn, Gas- und elektrischem Strom hinzuwirken, um auf diese Weise Preisdrücke, die einzunehmen eintreten, durch Konsumsteigerungen auszugleichen.“

## Auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft

Das folgende bemerkt: „Die Herabsetzung der Mieten“ durch Anpassung an die verminderten Einkommen für unbedingt geboten gehalten. Auch durch Veränderungen der Bestimmungen über die Wohnungszwangswirtschaft kann der Mieten der Wohnungswirtschaft entsprechend diese Bewegung wirksam unterstützt werden. Diese Pläne gehen dahin, den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft enger als bisher an die wirtschaftliche Lage auf dem Wohnungsmarkt anzuschließen, was nicht nur für neue sondern auch für bestehende Mietverhältnisse zu gelten hat. Die Termine für das Ende der Wohnungszwangswirtschaft sind zweckmäßigerweise weiter vorzurücken; Voraussetzung dafür ist aber die Sicherstellung eines sozialen Mietpreises. Ebenso tritt der Bedarf der Reichsregierung hinsichtlich des Hausinstanzproblems bei. Hieraus muß dieses sofort und endlich geregelt werden, wobei allerdings eine sofortige völlige Aufhebung nicht möglich erscheint.“

„Des weiteren werden auf dem Gebiete der Kredit- und Finanzfrage, der Bankenorganisation, der Schiffahrt und der Landwirtschaft Vorstöße gemacht.“

## Zur Landwirtschaft

Das folgende bemerkt: „Daß die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Güter unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Der Wirtschaftsminister hält daher einen Ausgleich und eine Beruhigung der in vielen Gebieten noch besonders hohen Preispannen für geboten. Konsumentensubventionen und öffentliche Lebensmittel der Preise wäre ein Mittel, damit Produzent und Konsument unter möglicher Ausnutzung des Zwischenhandels zu ihrem Recht kämen.“

## Die Finanz-Sanierung.

### Umsatzsteuer auf 2 Prozent?

Der Reichsfinanzminister wird im Verlauf des heutigen Vormittags im Haushaltsausschuss des Reichstages über die finanzielle Lage von Reich, Ländern und Gemeinden eine Erklärung abgeben.

Im unterrichtlichen Kreisen verläuft, daß die Reichsregierung zur Ausbesserung der Staatskassen nicht die Erhöhung der Umsatzsteuer, sondern auch die Wiedereinführung der Kapitalertragsteuer ohne Anrechnung auf die Einkommensteuer erwägt. Die Umsatzsteuer soll angeblich von 0,85 Prozent auf 2 Prozent erhöht werden.

## Friedrich Bartels Nachfolger.

### Als Präsident des Landtags.

Als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge des verstorbenen preussischen Landtagspräsidenten Friedrich Bartels gilt der sozialdemokratische Abgeordnete des preussischen Landtags, Robert Winzer, der bereits vor Jahren einmal Reichspräsident des preussischen Landtags war. Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags wird sich heute mit der Frage befassen und den preussischen Sozialdemokraten einen entsprechenden Vorschlag machen. Die Wahl des neuen Landtagspräsidenten ist für Donnerstag angesetzt.

## Wut gegen Republikaner.

Von einem deutschnationalen Abgeordneten des preussischen Landtags war durch mehrere Anfragen an die Regierung der fälschliche Eindruck erweckt worden, als ob der preussische Finanzminister Klepper nicht nur das Gehalt eines Ministers sondern als früherer Präsident der Preussenschaft auch noch Zuwendungen von dort bezöge. An seiner Antwort auf diese iedenfalls Anfragen stellt der preussische Ministerpräsident fest, daß Klepper keine Sonderzuwendungen bezieht und ihn mit seiner Beteiligung zum Finanzminister auch Zuführungen seitens der preussischen Staatsregierung nicht gemacht worden sind. Schließlich beantragt der preussische Ministerpräsident dem deutschnationalen Fragesteller noch, daß Klepper bei dem Genossenschaftstag in Soltau im Juni 1930 sitzen geblieben ist, als sich die Vermählung zu Ehren des deutschnationalen und republikanischen Reichsarbeitsrats von Waackien erob.

## Der „Landesverrat“ der Weltbühne.

Beide Angeklagte zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.



Walter Kreiser. Carl von Oßietzky.

Der Schriftsteller Walter Kreiser und der Redakteur Carl von Oßietzky wurden vom Reichsgericht nach geheimer Verhandlung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Kreiser hatte in der Zeitschrift „Die Weltbühne, die von Oßietzky als verantwortlicher Redakteur herausgegeben wird, einen Aufsatz über Zustände in der deutschen Luftfahrt veröffentlicht, dessen Inhalt vom Reichsgericht als Verrat militärischer Geheimnisse angesehen wurde.

Der Vorliegende teilte zu dem Urteil mit: „Da die tatsächliche und rechtliche Würdigung des intimierten Artikels durch das Gericht naturgemäß nicht erfolgen kann, ohne die in Rede stehenden geheimen Nachrichten zu erwähnen und zu beschreiben, hat der Senat gemäß § 173 Abs. 2 des Reichsverfassungsgesetzes beschlossen: Für die Verkündung der Urteilsgründe wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da sie eine Gefährdung der Staatssicherheit befürchten läßt. Es wird den Herren Sachverständigen des Reichsministeriums gestattet, der Verkündung der Urteilsgründe beizuwohnen.“

Das Urteil ist außerordentlich hart. Es muß insbesondere im Ausland den Eindruck erwecken, als wären im Reichsland, der in dem intimierten Artikel kritisiert wurde, Dinge vorhanden, die der öffentlichen Kritik nicht standhalten könnten.

## Die Not der Bauarbeiter.

Der Wohnungsausgleich des Reichstages begann am Montag mit der Beratung der sozialdemokratischen Anfrage zur Wiedereingliederung des Wohnungsbaus und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Abg. Bernhard (Soz.) äußerte sich eingehend über die Krise der Bauwirtschaft. Nach den Unterlagen des Baugewerksverbandes betrug die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe 1928: 6,5 Proz., 1929: 12,5 Proz., 1930: 47,1 Proz., die Dtl. 1931: 60 Proz. u. jetzt 78 Proz. Das behauptet er bei einem Antrag im Baugewerbe von nur mit 3-9 Millionen Mark je Jahr einen Lohnausfall von 3,76 Milliarden 1930 und 5,2 Milliarden Mark 1931. Dazu komme, daß nach den Feststellungen des Bundes 270 000 Bauarbeiter mehr als ein Jahr, und 180 000 mehr als ein halbes Jahr arbeitslos seien, während der Bauarbeiter jetzt im Jahre überhaupt nur 17 Wochen beschäftigt werde. Der Ausfall an Löhnen, Sozialbeiträgen und Steuern sei so erheblich, daß sich hieraus schon die Verheerung der höchsten Berufsverbände ergibt. Auch die Bekämpfung, daß der Wohnungsbedarf eingestellt werden könne, weil angeblich kein Wohnbedarf mehr bestünde und viele Wohnungen leer ständen, sei falsch und übertrieben. Nach Feststellungen des Baugewerksverbandes standen in 174 Proz. Mittel- und kleineren Gemeinden Anfang 1931 6000 Neubauwohnungen, darunter allein in Berlin 1800, für, gleich 1 1/2 Prozent der Neubauwohnungen in diesen Orten. Der

Bedarf an kleinen Wohnungen bestünde nach wie vor, er müßte gedeckt werden, um den Arbeitsmarkt wieder zu beleben. Da dies nicht aus Privatmitteln geschehen könne, müsse die öffentliche Hand eingreifen und die Hausinspektoren wieder dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorliegende Abg. Ripinetti (Soz.) erbat die Klärung um Auskunft, was aus der Hausinspektoren nach der vielen Hausinspektoren für die Wohnungsbau tätig sei und wieviel Mittel der Hausinspektoren, die für den Wohnungsbau bestimmt gewesen seien, von den Ländern und Gemeinden für andere Zwecke verwendet worden seien.

Ministerialrat Waacke vom Reichsfinanzministerium sprach das Ankommen der Hausinspektoren, nach Abzug der 20 Proz., die den Hausinspektoren für die Wohnungsbau zugewiesen sind, für 1932 auf 900-1000 Millionen Mark. Davon gingen 120 Millionen für die Umfinanzierung der Gemeinden ab, 700 Millionen würden die Gemeinden für ihren Bedarf bekommen, dann seien die Gelder für die Zielungen und die Zinszuschüsse der Gemeinden für Senkung der Mieten bereitgestellt, so daß tatsächlich nichts für den Wohnungsbau übrig bliebe. Aber die Summe der Mittel für den Wohnungsbau von den Ländern verwendeten Hausinspektorenvermögen die Regierung keine Auskunft zu geben.

## Neue Spannung im Ofen.

### Chinesische Bedingungen.

Paris, 24. November. (Eig. Draht.) Der chinesische Vertreter Sie hat dem Völkerbund im Auftrag seiner Regierung ein Memorandum über die Vorläufige betreffend die Ernennung der Studienkommission überreicht. Darin heißt es, daß eine Unterredung, die nicht von Japanen begleitet ist, die zu gleicher Zeit die japanischen Gruppen geschäftlichen, von China nur als ein Ausweg angesehen werden würde, der es erlaube, die unbedingte Befreiung chinesischen Gebietes zu tun und während eines unbestimmten Zeitraums zu verlangen. Es sei also China ermöglicht, den Vorschlag zu prüfen oder an der Ausarbeitung des endgültigen Textes mitzuwirken, solange die vorher erwähnten Grundlinien nicht in geeigneter Form festgelegt sind.

China ist sehr entschlossen, der Kommission nur zuzustimmen, wenn in dem Entwurf deutlich zum Ausdruck gebracht wird, daß Japan sofort mit der Ratifizierung der Befreiung des Gebietes beginnen muß. Der chinesische Delegierte Sie hat dies in einer längeren Unterredung, die er am Montagabend mit Briand hatte, nochmals betont und den Vorschlägen dringend gebeten, eine die Forderungen Chinas entsprechende Lösung zu finden. Er erklärte, er wolle den Entschließungsentwurf gern seiner Regierung unterbreiten, er sei sich aber schon im voraus über die Antwort seiner Regierung klar.

Zurück in der Pekingstadt am Montag protestierten mehrere Delegierte gegen die japanische Forderung, die Ratifizierung des Gebietes und das Aufheben der Strafbefreiungen nicht mit der Schaffung der Kommission in Verbindung zu bringen. Es waren dies vor allem die Vertreter von Spanien, Estland, Norwegen. Durch die Erklärung Chinas ist die Stimmung unter den Ratsdelegierten nun wieder sehr pessimistisch geworden. Dagegen ist die Ernennung des früheren chinesischen Vizepräsidenten Wellington-Koo zum Vizepräsidenten Chinas sehr günstig aufgenommen worden, da Wellington-Koo als Mann von verlässlichem Charakter gilt.

## Der Heberfall auf Jürgelbel.

Der der Strafkammer des Reichsgerichts I Berlin begann am Montag die Revisionserörterung gegen den 22jährigen Edwiner Heber, der sich in einer Gerichtsverhandlung im November vorigen Jahres auf den früheren Berliner Polizeipräsidenten Jürgelbel stützte, ihn mit dem Bundesrat „Arbeiterverderber“ bespottete und ihn mit der Faust ins Gesicht schlug. Der Angeklagte ist in der ersten Instanz zu 5, in der zweiten zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden.







Zentrale und auch die Verteilungsstelle 1 sich befindet, abgesehen. Es bedurfte noch vieler Auffklärung um alle Mitglieder davon zu überzeugen, daß die Genossenschaft besser im vereinsgenossen Umtriebe untergebracht ist, als in einem solchen, das nur gemeinbar war.

Die allgemeine Konvention der Jahre 1892-95 führte zu einer Konferenz der Konsumvereine des Harzgebietes in Altenburg. Auf dieser wurde eine Kommission gewählt, die dem damaligen Reichstagsabgeordneten des Reichstages Kamp in Göttingen in einem Denkschrift überreichen sollte, damit er seine Stimme im Reichstag zu Gunsten der Konsumvereine erhebe. Eine im Protokoll vorhandene Notiz gibt Aufklärung über den Erfolg. Der Abgeordnete Kamp erklärte, Gegner der Konsumvereine zu sein, aber er wolle verhandeln, Härten zu vermeiden.

Durch den Ausschluß von 98 Genossenschaften auf dem Genossenschaftstag in Krensbad waren auch hier die Meinungen sehr geteilt, ob man die Genossenschaft durch einen angestellten Geschäftsführer geleitet. Von 1871-75 waren die verantwortlichen Geschäftsführer: Gustav Förber, von 75-1893 A. Erdmenger, bis 1890 Gen. Karl Lindemann. Als erster Angestellter fungierte Fritz Wolf und von 1921 ab hat diesen Posten der Gen. Ferdinand Salzwedel inne. Allen diesen Vorständen der Genossenschaftsbewegung, aber auch allen, die mit Rat und Tat zur Genossenschaft in diesen 60 Jahren gestanden haben, sind mit Freude zu Gedenke verpflichtet.

Die Gründung der eigenen Sparkasse wurde im Jahre 1914 Wirklichkeit. Trotz der Kriegsjahre steigerte sich die Mitgliederzahl. Im Jahre 1915 tagte der Verband mitteldeutscher Konsumvereine in unfernen Mauern. 1917 wurde die Mitgliedschaft bei der Großkaufgesellschaft deutscher Konsumvereine erworben. Seit April 1920 wird die Genossenschaft durch einen angestellten Geschäftsführer geleitet. Von 1871-75 waren die verantwortlichen Geschäftsführer: Gustav Förber, von 75-1893 A. Erdmenger, bis 1890 Gen. Karl Lindemann. Als erster Angestellter fungierte Fritz Wolf und von 1921 ab hat diesen Posten der Gen. Ferdinand Salzwedel inne. Allen diesen Vorständen der Genossenschaftsbewegung, aber auch allen, die mit Rat und Tat zur Genossenschaft in diesen 60 Jahren gestanden haben, sind mit Freude zu Gedenke verpflichtet.

Die Primaroperette des Städtischen Fürst-Otto-Gymnasiums bringen in diesem Jahre ein Drama des Euripides 'Alkestis' in einem Akt und noch einer Paup von einer Viertelstunde eine überaus lustige Bearbeitung des gleichen Stoffes in dem Lustspiele von Oberhart König. Spielzeit am Donnerstag dieser Woche um 7.30 Uhr, am Freitag um 4.15 Uhr und am Sonnabend um 8 Uhr. So ist auch den Geschäftsleuten die Möglichkeit gegeben, die Aufführungen zu besuchen. Und wer nicht gerne spät abends über die Straße geht, kann die Nachmittagsvorstellung sich ausbuchen. Karten zu 1 Mark und 80 Pf. für die Mittelplätze und zu 50 Pf. für die Seitenplätze sind zu haben durch die Gymnasialkassen und durch die Buchhandlungen von Jordan und Schulte. Der Beirtrag fließt zu einem Drittel der Theaterkasse zu, zu zwei Dritteln der Aufführung des in dieser Nacht zu arg beschnittenen Juchausplans der Ansicht.

Die Colosse der Arbeitererholungsstelle, die am 19. und 21. Dezember ds. Js. im Berliner Gemeindefestsaal gegeben wird, bietet bei einem Besuche von nur 50 Pfennigen 148 696 Geminne und 3 Prämien im Gesamtwerte von einer halben Million Reichsmark. Der Zuschauerraum ist ein einschichtiges Sandsteinbau. Die Hauptgewinne im Werte von 5000 — bis 20 000 — Mark sind ebenfalls Landhäuser. Daneben gibt es hunderte Gewinne mittleren Wertes von 50 Mark bis 1000 Mark. Der Spielplan wird ergänzt durch fünfzehntausend Geminne im Werte von 5 Mark und 10 Mark. Schließlich gibt es als Trepppreise noch ca. 180 000 Spezialgewinne. Sie bestehen aus reifensten Bekleidungsgegenständen (Häute, Stoffe und Messer), reifensten Kaffeemaschinen, primen Wasserapparaten mit einigen Klängen in Nickelstahl, Küchenapparaturen (Aufhängeschüsseln und Brotmesser, Weichschinken, praktischen Büchsenöffner, Kartoffelkühler und Korkenzieher) sowie unerschöpflichem Geldschatz. Alle Gewinne werden auf Verlangen um 90 Prozent ihres planmäßigen Wertes auch in Bargeld eingelöst, jedoch ein jeder Wunsch schriftlich gemacht werden kann. Die Gewinnlisten sind bei jeder anderen Lotterie so günstig, zumal der Preis des Stücks ein recht geringer ist. Der Kauf eines Loses darf von jedem erwartet werden, denn die Einnahmen aus der Lotterie kommen reiflich dem notleidenden Proletariat zugute.

Jademer, während Robine sanft mit dem Kopfe wackelte, ohne das Kinn von dem Kopfe seines Stodes zu entfernen. Schließlich kam man infolge einer Bemerkung Gwadows auf die Frauen zu sprechen.

Die Frau, erklärte Charvat ründeraus, ist dem Manne gleich und darf darum in dem Augenblicke sein. Die Frau ist einfach eine Geschlechtsverbindung... Alles zu gleichen Häften; ist's nicht so, Cleome?

Gewiß, erwiderte die junge Frau, den Kopf an die Glaswand gelehnt und in die Seere starrend.

Doch Florent sah jetzt den Markttrümer eintreten, und den starken Alexander, den Freund des Claude Bonnier. Diese beiden Männer hatten lange an dem anderen Ende des Wirtshausgesessen; sie gehörten nicht derselben Gesellschaftsart an, wie die Herren im Estrajimmer. Aber die Wolff führte sie zusammen Charvat, in dessen Augen sie das Wolf darstellten, beehrte sie sehr energisch, während Gwadow als vorurtelstester Geschäftsmann mit ihnen anliebte. Alexander war ein gut gefitteter Riese, mit der Miene eines zufriedenen, großen Kindes. Der alternde und verwitterte Bacalle, erschröpfte von seinen arbeitsvollen Wanderungen durch die Straßen von Paris, betrachtete zuweilen mit argwöhnischen Augen die pießbüchlige Waise, die guten Schutz und den dicken Überrock des Herrn Robine. Bacalle und Alexander ließen sich noch ein frisches Glaschen einschenken, und jetzt, da die Gesellschaft vollständig war, wurde das Gespräch lebhafter als bisher fortgesetzt.

Durch die halb angelehnte Türe des Kabinetts sah Florent wieder Fräulein Gogel, die vor dem Schantpult stand. Sie hatte eine Flasche unter der Schürze hervorgeholt und sah Nole zu, die die Flasche mit einem großen Maß Schanntscherkraut und einem kleinen Maß Branntwein füllte. Dann verschwand die Flasche abermals unter der Schürze; die Hände verdeckt haltend, plauderte Fräulein Gogel eine Weile in dem breiten, hellen Widerschein des Schantpults gegenüber dem Spiegel, in dem die Widerspiegelung und die Weber ausluden eine Reihe genehmigter Kampfans. Das Weib in dem dunklen, verwitterten, in weissen Glanze all seiner Einrichtungsgegenstände von Metall und Glas. Das alte Mädchen in ihren schwarzen Kleidern bildete einen dunklen Fleck — gleich einem Käse — in allem grellen Lichte. Als Florent sah, daß sie verlor, Nole ins Gespräch zu ziehen, vermute er, daß sie durch die halb offene Tür ihn bemerkt habe. Seitdem er in den Dienst der Salen eingetreten war, begegnete er ihr auf Schritt und Tritt in den bedeckten Gängen zuerst in Ge-

## Die Funfstunde wirkt.



Rundfunk-Vorstellung in Weinigerode.

Die Funfstunde Berlin veranstaltete in diesen Tagen in den Städten des Harzgebietes Weinsiedeln und Weinsiedeln zur Werbung neuer Rundfunkhörer. An der Spitze steht die Weinsiedeln Weinsiedeln. An der Spitze steht die Weinsiedeln Weinsiedeln.

Reichstags der Kreisgeschichten. Am Sonntag findet in Weinsiedeln in der von Hofischen Wirklichkeit die Kreisgeschichten der Reichsbundes der Kreisgeschichten. Am Sonntag findet in Weinsiedeln in der von Hofischen Wirklichkeit die Kreisgeschichten der Reichsbundes der Kreisgeschichten.

Lehars 'Lustige Witze' im Parkhaus. Am Donnerstag, den 3. Dezember, findet im Parkhaus eine Aufführung der Stadttheaters halberstadt mit Lehars lustiger Operette 'Die Lustige Witze' statt. Diese Operette, die den Namen des Meisters vor 25 Jahren in alle Welt trug, ist heute noch so frisch wie am ersten Tage und liefert das Publikum durch den hierhergehenden Schwung ihrer Melodien. Die Vorstellung ist die 4. Aufführung der Operette des Theaterbundes; der Vorverkauf beginnt am Mittwoch früh im Theatergeschäft Kamme, Papierhandlung Schaffhäuser und Schokoladengeschäft Klein. Am Rest. Bestellungen werden baldmöglichst aber schon entgegengenommen.

## Aus Halberstadt

### Arbeiterchaft und Rundfunk.

Für die Zulassung weltanschaulicher Darstellungen im Rundfunk hat die Reichsregierung Richtlinien erlassen, die auch die Arbeiterpartei in der Reichsregierung übernommen hat, in deren Bereich sich die meisten Rundfunkstationen befinden. Nach den Richtlinien sind die Programmvorstellungen aller weltanschaulichen Vereinigungen zulässig, jedoch dürfen die Darstellungen Unbedenkliches nicht verletzen. Wenn in der Häufigkeit der Berücksichtigungen keine gütliche Einigung erfolgt, soll die Berücksichtigung entfallen.

Dieser Grundsatz ist selbstverständlich auch den Anhängern der sozialistischen Weltanschauung des Reichs, im Rundfunk zu Wort zu

fallt. Die Frau Accour und der Garriette; alle drei beobachtet ihn dann verächtlich und schienen sehr erstaunt, ihn in seiner neuen Stellung als Besucher zu sehen. Was war ohne Zweifel wartend, denn Fräulein Gogel hatte sich einen Augenblick um und schien sich Herrn Beigrie näher zu wollen, der an einem der Tische mit einem Gaste Karten spielte. Schließlich war es ihr gelungen, sich ganz leise an die Glaswand des Kabinetts zu stellen; doch da ward sie von Gwadow erkannt, der sie verabschiedete.

Schließen sie das Türe, Florent, rief er laut. Man kann nicht mehr unter sich sein.

Mrs Lucille um Witternand sich entfernte, wechselte er mit Herrn Beigrie einige Worte im Flüsterton. Dieser reichte ihm mit einem Handdrucke verabschiedete vier fünfzig Pfennige und raunte ihm ins Ohr:

Dafür haben Sie morgen selbstwundigen Franken zurückzugeben; die Person, die das Geld bringt, will es nicht billiger machen; Sie sind nicht, daß Sie drei Tage Karrenmeister kündigen sind. Es muß alles bezahlt werden.

Herr Beigrie wünschte jetzt den Herren gute Nacht; er geküßte ihn, sagte er, und er gabte leicht, wobei er seine großen Zähne zeigte, während Nole ihm mit der Miene einer unterwürfigen Waise betrachtete. Er trübte sich zur Ehe an und gebot ihr, das Geschäft im Kabinet auszulösen.

Auf dem Fußboden kniete Gwadow, daß er schier jähst. Da er heute keinen willigen Tag hatte, sagte er:

Mit Wetter! Ich bin auch nicht auf Washeit gestift.

Man fand dies sehr spaßig und trennte sich. Florent kam öfter in diese Kneipe; er gewöhnte sich an den Glasoverschlag, an den schweigenden Robine, den geräuschvollen Bogre, den süßen Haß Charvats. Wenn er des Nachts heimkehrte, ging er nicht sofort zu Bett. Er las die Zeitung, die diese Jungferntöchter, mo Augustine alterer mädchenhaften Land zurückzuführen hatte. Auf dem Kaminius lagen noch haarnadelt, Schachteln, aus Wäschern ausgechnittene Bilder, leere Bombentöpfe, die noch immer nach Joamin rochen. In dem Schubfach des Tisches — eines schlechten Tisches von welchem Holz — fand er Zwirn, Nähmaschinen, ein Gebetbuch neben einem farb abgewetzten 'Arbeitsbuch', ein weißes Sommerkleid mit gelben Punkten hing verstreut an einem Nagel, während auf dem Brett, das ihr als Toiletentisch diente, ein umgekehrtes Deckelglaschen einen breiten Fleck zurückgelassen hatte. In dem Schlafzimmer einer Frau zu bauen wäre für Florent hätte ein Gemisch; allein von dem ganzen Raume, von dem lärmenden Eilenstube, von den zwei Strohhüllen, selbst von der grauen Papiertapete hing ein Geruch von feinerger Dummheit, der

kommen. Dies geschah aber leider noch längst nicht im ausreichen den Umfang. Vielmehr haben jedoch die Arbeiter-Kultur-Karteile als auch der 'Deutsche Arbeiter-Kalender' von ihrem Recht einen sehr jaghaften Gebrauch gemacht. So fanden z. B. in Berliner Sender im vergangenen Jahre 46 evangelische, 14 katholische und nur 7 freigeistige Morgenzeiten statt. Für die Berliner Verhältnisse ist das Recht Überwiegen der kirchlichen Feiern besonders auffallend. Bei den übrigen Sendern liegen die Dinge aber nicht anders, er kommt die Bevorzugung der Kirche dabei noch stärker zur Geltung. Dies trifft vor allem auch für die Mecklenburg und Mecklenburg zu, in der die Rundfunkprogramme mit kirchlich-religiösen Sendungen bis zur Unerschöpflichkeit überladen sind.

Vor zwei Jahren wies das genannte Rundfunkprogramm etwa 300 Wochenabendeleistungen auf gegenüber rund zehn Berufsleistungen, die der sozialistischen Erziehungsmittel nahelassen. Dagegen schreiende Mißverhältnis ergab sich auch im Vorjahre, als 985 weltanschaulich-religiösen Sendungen drei freigeistige Morgenzeiten gegenüberstanden. Diese Zahlen beweisen zur Genüge, mit welcher ungleichen Maß im Rundfunk gemessen wird. Von der Durchführung der erwähnten Richtlinien des Reichsinstitutministeriums, wonach alle Weltanschauungen gleichberechtigt sind aber mindestens nach der Bekämpfungsfähigkeit berücksichtigt werden sollen, ist in den Sendeprogrammen keine Spur zu entdecken. Angeleglich der benannten Weltanschauung dürfte es daher notwendig sein, daß die Sendebestimmungen durch das Reichsinstitutministerium mit Rücksicht auf die geltenden Bestimmungen erinnert werden.

\* Drei Jentner Weizen gestohlen. In der Nacht zum 23. November wurden aus einem Grundstück am Rosenfeld drei Jentner Weizen gestohlen. Die Diebe überließen den Gartenzaun, führten unermert ihren Diebstahl aus und verschwand, ohne daß irgendwelche Wahrnehmungen gemacht wurden. Die Kriminalpolizei stiftet um Mitteilung von Personen, die den Diebstahl bemerkt haben oder deren Verdachte anheben ist.

\* Ein Schaufenster erbrochen. In der Nacht zum Montag wurde das Schaufenster eines Geschäftes auf dem Breitenweg erbrochen. Der Dieb erwiderte zwei Bücher. Es handelt sich um den Roman 'Zwei Menschen' von Richard Kos. Man nimmt an, daß hier ein junger Mann das Risiko eines Diebstahls auf sich genommen hat, um den Roman den er vorher vielleicht im Lomfilm gesehen hatte, in Buchform zu besitzen. Ein Verdict auf irgend eine Person besteht nicht.

\* Der lästige Fahrradkleber. Gestern nachmittag wurde aus dem Hofe eines Grundstücks in der Schulstraße ein Damentrad Markte, G. B., mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen und gewöhnlicher Lenkvorrichtung, roter Bereifung und Wolf-Zicht entwendet. Zweifelhafte Radfahrer erlitt die Kriminalpolizei. Um die Verhaftung des Radfahrers erließ die Kriminalpolizei am 18. des Monats ein Haftbefehl. Im vorerwähnten Grundstücks anlässlich des 75. Geburtstages des Genossen August Binar muß es natürlich sein, daß er am 23. November 1856 (nicht 1859) geboren ist.

\* Jugendheute 1932. Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die Annahmen der Rinder zur Jugendheute schon jetzt erfolgen sollen, damit auch die Teilnahmepreise festgesetzt werden können. Annahmen können beim Gassenhändler, Kaiserstraße 6 und in der Buchhandlung des Halberstädter Tagesblattes abgegeben werden.

\* Zusammenbruch der Gerichte mit Vormundschaftsgericht und Jugendamt. Die Erfahrung lehrt, daß vor dem Arbeitsgericht und Landesarbeitsgerichte nicht selten Lasten auf Sprüche kommen. Bei der Mitteilung an das Vormundschaftsgericht oder an das Jugendamt gerichtet erfordern, können auch die Jugendämter zu verhindern. Die lange Dauer der Verfahren und die Kosten, die besonders die Zunahme der Erwerbslosigkeit, läßt immer mehr Minderjährige in Not geraten oder der Gefahr der Verarmung ausgesetzt sein. Im steigendem Umfang werden daher nicht nur den Arbeitsgerichtsbehörden, sondern auch in bürgerlichen Rechtsinstanzen, insbesondere in Justizstellen, sowie in Genehmigungs- und Kontraktstellen, Lasten in die Erscheinung treten, die die Notwendigkeit fürsorglicher Maßnahmen erkennen lassen. Wenn auch bereits zahlreiche Berichte in solchen Fällen zum Schutze der gefährdeten Minderjährigen aus dem Vormundschaftsgericht oder dem Jugendamt in Verbindung zu treten pflegen, so hat sich die Praxis der Arbeitsämter, nachdrücklich zu empfehlen, da es die Jugendfürsorgliche Arbeit der Vormundschaftsgerichte und der Jugendgerichte wesentlich fördert. Ob im Einzelfalle eine Mitteilung an das Vormundschaftsgericht oder an das Jugendamt oder an beide Behörden zweckmäßig erscheint, wird sich aus den Umständen des Falles ergeben.

Geruch eines dicken, kindlichen Mädchens auf. Er war glücklich ob der Beilichkeit der Vorbänge, ob der kindlichen Spielerei mit den Eisenketten und dem Erum und dem Erum, ob der kindlichen Rosette, mit die Waise betraut war. Dies erfragte ihn, ob er sich nicht in die Träumerei seiner Jugend zurück. Er hätte gewünscht, Augustine mit ihrem fantasiebräunten Haar nicht so fern; er hätte glauben mögen, daß er bei einer Schwester sei, einem braven Mädchen, das in den geringsten Dingen die Anmut des erwasenen Weibes um sich her verbreitet.

Das Abendbrot es ihm eine große Zerklebung, sich an das Fenster des Manfadenbüchens zu setzen. Dieses Fenster war eigentlich ein schmaler Balken, im Fundament, ein Balken mit hölzernen Geländer, mo Augustine einen Granatenbaum in einem Stuhl legte. Seitdem die Nacht fast waren, nahm Florent den Granatenbaum des Abends in seine Hand und ließ ihn über Nacht an Fuß des Bettes stehen. Er pflegte einige Minuten am Fenster zu stehen, so kräftig die frische Luft ein, die von der Seine kam, über die Hügel der Altona-Strasse hinweg. Unten konnte er unbeeinträchtigt die Häuser ihrer großen Straßen beobachten sehen. Sie glühten hellen Seen, in deren Mitte der höchste Überfließen irgendeiner Fensterheide die Silberglümmen einer Waise tangen ließ. Weiterhin lagen die Dächer des Hofschiffens und des Geflügelpavillons in einem noch tieferen Dunst; sie glühten nur mehr einer Anhäufung von Schatten, die den Horizont zurückdrängten. Er freute sich des großen Bildes Himmels, das er vor sich hatte, dieser ungewohnten Ausdehnung der Sehen, die ihn inmitten der engen Gassen von Paris unbekannt an einem Meeresstrand erinnerten mit dem stillen, kläglichartigen Wasser einer Bucht, das kaum von dem fernen Rollen der Wogen getrübt wird. Hier stand er selbstvergeßend und träumte jeden Abend von einer andern Meerestätte. Es stimmte ihm sehr traurig und sehr froh zugleich, wenn er sich in die Erinnerungen an jene trübseligen oder sehr froh zugleich, die er außerhalb Frankreichs verbracht hatte. Dann schloß er trübselnd das Fenster. Oft, wenn er vor dem Kamin liegen falschen Fragen abtänzte, bemerzte ihn die Photographie von August und Augustine; hard in Hand, mit ihrem matten Lächeln, sahen sie ihm zu, wie er sich entsetzte.

Die ersten Waden, die Florent im Parkhaus für Seefische zubradte, waren sehr beliebt. Bei der Familie Weidman war er auf eigene Beilichkeit geflohen, die ihn mit dem ganzen Markt in Fische brachte. Die schöne Normandin wollte sich an Wäse rächen, und der Beigrie war ein gefundenes Dof.

(Fortsetzung folgt.)

### Aus Wehrstedt

m. Den Lichtfeierortrag „Im Westen nichts Neues“ hält Genosse Schulte am Donnerstag, dem 28. November, 20 Uhr, bei Genosse Rade. Alle Parteimitglieder sind herzlich willkommen. m. Lote der Arbeiter-Wohlfahrtslotterie sind beim Genossen Ballau und im Konsumlager, Wolfstraße 1, zu haben.

### Kreis Halberstadt

Darbesheim, 22. November. Das Ehepaar Jakob Hanslischke konnte kürzlich das Fest der silbernen Hochzeit feiern. Wir gratulieren noch nachdrücklich.

Am 23. November. Am Sonnabend fand eine Gemeinderatsversammlung statt, der Gemeindevorsteher berichtete über die Neuverpachtung der Gemeindepöden. Nachdem das Für und Wider einer Aufkündigung des Pachtvertrages genügend erörtert war, wurde eine Aufkündigung einstimmig angenommen, welche für die Aufkündigung des Pachtvertrages ist. An nichtöffentlicher Sitzung wurden noch Armen- und Steuerlisten verabschiedet. — Beim Tischlermeister Fritz in Deersheim wurde ein großer Tisch gekauft, denn sie stehen nur auf dem Tischlermeister und angekauft. —

### Aus Döberitz

a. Eine Gewerkschaftsversammlung findet am Mittwoch, dem 23. November, 20 Uhr, im „Rindhauser“ statt. Kollege Otto Wolf, Halberstadt spricht über: „Die Aufgaben der freien Gewerkschaften in der Zukunft“. Die Vorstände der Gewerkschaften müssen unbedingt erziehen.

a. Die Arbeiterwohlfahrt hält am Mittwoch, dem 23. November, 20 Uhr, in der „Grünen Tanne“ die folgende Monatsversammlung ab.

### Aus Thale

m. Gedächtnis der Toten. Diese Worte waren das Motto der Totengedenkfeier der S. M. A. am Sonntag im kleinen Saal des Wohlfahrtsbüros. Feierliche Stille lag im würdevollen Bereich der Toten. Die Reden waren in dem Wortschatz der Toten zu hören, aber die Reden nicht zu vergessen. Ruz und Licht war die Feier.

### Aus Quedlinburg

a. Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten. Am Mittwoch, dem 23. November, um 20 Uhr, findet unsere Arbeitsgemeinschaft statt. Thema des Abends ist: Probleme des Sozialismus. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen der sich interessierenden jungen Genossen. Der Parteivorstand ist eingeladen.

a. Elternabend der Kleinkinder. Die Kleinkindergruppe der Arbeitervereine führt am Sonntag, dem 20. Uhr, im Jugendheim ihrer Elternabend durch. Dort werden die Kleinkinder aus der sozialistischen Bewegung ihr Können zeigen. Alle Eltern und Freunde sind herzlich eingeladen.

ih. Dumme Jungenfreier. Einige junge Burlesken trübten in der Sonntagsohr ihr Unwesen. Quert klinken sie ihr Können an einer Gasslaternen in der Rathausstraße, die sie mit Steinen zu zertrümmern versuchten. An anderen Stellen traten sie mit den Füßen gegen Gasslaternen, so daß die fremden Passanten auslachen, denn nicht genug versuchten sie noch die Füße umzusetzen. Das ging natürlich nicht ohne entsprechenden Ärger vor sich. Dann zogen sie weiter über die Fuß-Brücke und warfen in den angrenzenden Häusern einige Feuerkörbe ein, jedoch die Bewohner die Köpfe herabfallen mußten. Die Burlesken wurden erlappt.

ih. Diebstahl. Aus dem Keller der Wollstraße wurde einem Jungen ein Fahrrad gestohlen. Es handelt sich um ein Damenfahrrad Marke „Hobby“. Ein kleinerer Gefäßdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag in der Lindenstraße 21 ausgeführt. Dort stahlen Diebe aus dem Hühnerstall fünfzehn Hühner und einen Hahn, die sie anschließend mitnahm. — Ein weiterer Diebstahl wurde bei der Firma Sperling ausgeführt, wo in letzter Zeit sechs bis zehn Zentner Weizen gestohlen wurden.

ih. In dem Kaufbüchse. Über den vorberichten ist noch zu machen, daß die Täter zwei junge Burlesken im Alter von 17-18 Jahren und zwar der Dachdeckermeister Albert B. und der Tischlerlehrling Oskar A. aus Gerode sind. Sie schlugen dem Uhrmachermeister B. mit einem dicken Knüttel 2mal über den Kopf, so daß er blutüberströmt zumarmenbrach. Die Täter wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

### Beim Schneeschuhstichler.



Neue Stier werden gerichtet.

Der Winterportier, der in wenigen Wochen seinen Sport aufnehmen will, stellt schon jetzt an den Spezialist, der ihm die schmalen Schneeschuhretter liefert, höchste Anforderungen. Mit größter Sorgfalt müssen die neuen Stier aus dem harten überbesetzten Holz geschliffen und in die richtige Form gebracht werden, bevor sie der Schneeschuhläufer für die erste Fahrt anspannen kann.

## Günstige Finanzlage Döberitzers Lebens.

Auf Antrag der Sozialdemokraten eine Weihnachtsbeihilfe für die Hilfsbedürftigen.

In der Stadtratsversammlung am Montag gab der Magistrat einen Bericht über die Finanzlage der Stadt.

Der Magistrat sprach hierzu u. a.: Haushaltsplan und Kasse werden wesentlich davon beeinflusst, daß es auf Grund der uns von der Stadtratsversammlung bewilligten Ermächtigung nicht gelang, die zu erledigenden Arbeiten in der Weise zu bewerkstelligen, wie es die Möglichkeit bestanden hätte, wenn die Bedingungen zu ungünstig. Im Einvernehmen mit der Mitteldeutschen Landesbank haben wir damals eine abwartende Haltung eingenommen, zumal unsere Stadtkasse völlig genug war, allen Anforderungen zu genügen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit noch hervorheben, daß unsere Sparkasse im Juni 1931 mit 43 v. H. Liquidität war. Auch das ist ein Beweis dafür, daß wir vorzüglich wirtschaftlich haben und uns genügend Mittel jederzeit zur Verfügung haben. Durch die bekanntlich auf-Bürgschaft eine grundbesitzliche Veränderung eingetreten. Die Möglichkeit, von der eigenen oder von anderen Sparkassen Kredite oder Anleihen zu bekommen, ist durch die Rohstoffordnung genommen. Auch von anderer Seite wird in absehbarer Zeit keine Hilfe zu erwarten sein. Unter diesen Umständen hätte der noch nicht ausgeschöpfte außerordentliche Haushaltserlöscher Schwierigkeiten bereiten können, wenn es uns nicht gelang wäre, die aus dem Rechnungsjahre 1929 übernommenen Betriebsmittel auch im Jahre 1930 andererseits zu erhalten und für 1931 vorzutragen. Wir haben aus dem Betriebsmitteln des ordentlichen Haushalts den Bedarf des außerordentlichen gedeckt und werden uns vordringlich mit dieser Regelung befassen müssen.

Schon im Anzuge des Rechnungsjahres ist sämtlichen Dienststellen und Stellen ausgesetzt, mit den vorhandenen Mitteln sparsam umzugehen. Im ganzen sind 7 Sparmaßnahmen erlassen, die die Ausgabe-Zuzüge kürzen und die Befestigung einschränken. Der Erfolg der bisherigen Sparmaßnahmen sind Kürzungen auf der Ausgabe-Seite von 72.000 Mark. Wir wollen dabei aber betonen, daß dringend wünschenswerte Arbeiten und Befestigungen selber unterbrochen wurden. Die Umstellung im 1. Halbjahr 1931 ist im Gesamtschluß betragsmäßig 2 Millionen 100.000 Mark überschüssig. Die Ausgaben. Abgesehen von den Zahlungsüberschüssen sind — abgesehen vom Juli — nicht eingetreten. Das 2. Halbjahr dagegen bereitet uns ernste Sorgen wegen der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des damit zusammenhängenden Rückganges unserer Einnahmen. Die voranschreitenden Ausfälle im Juli sind schon jetzt, z. B. bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer und bei der Gewerbesteuer, aufgrund der schon vorhandenen Abgänge. Auch bei den übrigen Einnahmen wird mit einem erheblichen Rückgang zu rechnen sein. Mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage steigen aber automatisch die Wohlfaßkosten an. Wir werden also über die im Haushaltsplan ausgemerkten Mittel hinaus für Wohlfaßzwecke weitere Ausgaben zu bewilligen sein müssen. Unter Berücksichtigung der Betriebsmaßnahmen und Währungsnoten wird das laufende Rechnungsjahr voraussichtlich mit einem Verlustbetroge abgeschlossen, selbst wenn die vorhandenen Betriebsmittel reflexiv zum Ausgleich verwendet werden. Zur Sicherstellung der Zahlungen an Erwerbslose, Arbeiter und Beamte wird aber unbedingt der Betriebsfonds erhalten bleiben, soll nicht die Stadtkasse hierfür der verhängten Kreditfresser bald zahlungsunfähig werden.

In der Ausprache ergab es u. a. Genosse Fuchs zum Ausdruck, daß unsere Vertreter in der Ausschussarbeit vorüber den Wirtschaftlichen zugestimmt haben, um zu verhindern, daß Arbeitsträger

entlassen werden müssen, um nicht dem Wohlfaßrisiko zum Juli zu fällen. — Stadts. Schulz (bürgerl.) sagte, wenn unsere Stadt so finanziell günstig dastehet, so ist dieses auf die Sparmaßnahmen des Bürgermeisters zurückzuführen, und damit ihm dafür. Die Arbeitsgemeinschaft Darius, Schäfer und Bernas hat zur Vorschreibung über die Konsumationsarbeiten Förderungen geltend gemacht, deren Berechtigung bislang freigegeben ist. Sie wurden deshalb von den während der Bauarbeiten eingereichten Rechnungen getriggen. Dem Vergleichsangebot der Firma, in Höhe von 4667,73 Mark, wurde zugestimmt.

Der Regierungspräsident in Magdeburg hat der Stadt aus dem Wohnungsministerium ein Darlehen von 2000 M. bewilligt. Mit Rücksicht auf die noch vorliegenden Anträge auf Bewährung von Reparationsarbeiten hat der Magistrat beschlossen, das Darlehn aufzunehmen. Die Stadtratsmitglieder stimmten zu.

Von den durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln und sonstigen Einnahmen nicht gedeckten laufenden Unterhaltsmitteln der Gemeindefürsorge sind 50 Prozent durch Schuldbeiträge aufzubringen. Es sind zu erheben von Gewerbetreibenden für ihre Betriebsstätten im Gemeindebezirk 15 Prozent der Grundbeiträge der Gewerbesteuer vom Ertrage und Kapital. Beiträge unter 1 Mark werden auf 1 Mark aufgerundet.

Antrag der SPD-Fraktion: Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe. Unsere Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverwaltung möge beschließen, den Magistrat zu erlauben, auch in diesem Jahre eine gleiche Weihnachtsbeihilfe zu bewilligen wie im vorigen Jahre durchzuführen und die Mittel hierzu bereitzustellen. Falls aus den laufenden Mitteln dies nicht möglich ist, möge der Magistrat auf die Sparbücher des Wohlfaßrisiko zurückgreifen.

Genosse Grant Seine begründet den Antrag. Der Bürgermeister gibt zur Antwort, wenn Mittel zur Verfügung stehen, daß die Weihnachtsbeihilfe gemäß werden soll. Nach dem Genosse Birtz und Stadts. Pankte noch zu dem Antrage gesprochen hätten, fand er einstimmige Annahme.

Antrag der SPD-Fraktion an den Magistrat betreffend Sparmaßnahmen zur Preis-, Sparnotverordnung. Die Anträge lauten: In den letzten Wochen wurde im Döberitzer Kreisrat bekannt gegeben, daß Beamte des Magistrats über ein Sparprogramm sein sollen. Diese Maßnahmen sollen mit der Preis-, Spar- und Notverordnung zusammenhängen. Wir fragen an: 1. Ist der Magistrat bereit, in öffentlicher Stadtratsversammlung-Beratsammlung ohne Nennung der Namen der betreffenden Beamten Auskunft hierüber zu geben? 2. Handelt es sich hierbei um eine Erhöhung der Gehaltsbezüge der betreffenden Beamten oder ist tatsächlich eine Schmälerung des Gesamteinkommens von Magistrat beabsichtigt? 3. Ist die Angelegenheit von der Regierung genehmigt?

Der Bürgermeister gab Auskunft und führt dazu aus: „Die Nachprüfung der Gehälter der Beamten unserer Stadt hat stattgefunden auf Grund der Sparnotverordnung, nicht auf Antrag eines Stadtratsmitgliedes und nicht auf Antrag des Regierungspräsidenten. Es hat eine Höhergruppierung von zwei Beamten stattgefunden, aber so, daß in dem Endbetrage Gelder gespart werden. Bei dem einen Beamten sind es 1200 M. und bei dem zweiten etwas weniger. Dieses ist dadurch erreicht, weil die Nebeneinnahmen dieser Beamten in die Stadtkasse fließen.“

## Mitteldeutsche Rundschau.

Lothalschloßversteigerung an der eigenen Frau.

Magdeburg. Vor dem Schwurgericht Magdeburg begann am Montag die neunte Sitzung in diesem Jahre. Als Angeklagter hatte sich der Schlosser Fritz Groms aus Magdeburg-Schwabitz zu verantworten. Derletzte Lothalschloß wurde ihm von der Witwe zur Haft gesetzt. Der Angeklagte war in zweiter Ehe verheiratet. Die erste Ehe ging alles gut, nachher hatten sich Differenzen ein, die mit der Zeit immer ernster Formen annahm und schließlich in große Zügeligkeiten ausartete. Als Groms keine Neigung einer Ehegattin in Hochsprache zuwarde, war das Maß zum Überlaufen voll. Jan, Streit und Mißhandlungen der Ehefrau waren an der Tagesordnung. Das Zerwürfnis wuchs, je enger sich die Lebensbedingungen glichen Groms und seine Gattin an. Am 2. September 1931 gab es wieder eine ernste häusliche Szene mit tätlichen Ausschreitungen, in deren Verlauf der Angeklagte seiner Frau eine Schlinge um den Hals warf und sie würgte. Auf die Hilfe der Frau schloßte er. Der Angeklagte gab die Tat zu, bestritt aber eine Mordabsicht. Die Aussagen der Zeugen ergeben jedoch das Gegenteil. Die Frau habe sich dauernd bedroht gefühlt und für die Sicherheit ihres Lebens gefürchtet. Der Vertreter der Anklagebehörde kam auf Grund der Beweisaufnahme zu dem Schluß, daß, wenn man verstanden Lothalschloß fallen lasse, man doch zu der Ansicht kommen müsse, daß der Angeklagte die Absicht gehabt hat, seine Frau in der größten Weise zu verletzen. Demnach liege eine lebensgefährdende Körperverletzung vor, für die er eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten beantragte. War der Strafentwurf schon milde, so verlor man bei dem Urteil das sichere Gefühl der Aufrechterhaltung einer Ehre. Das Gericht erließ in der Tat den Auspruch einer spontanen Erregung und erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung mit 4 Monaten Gefängnis. Demnächst 2 Monate als verhängt. Bezüglich der Auslegung der Strafbestimmungen eingeleitet werden.

Gewalttätigkeiten in der Nacht zum Sonntag. Burg. Trotz der zur Verhinderung von Diebstählen wesentlich verstärkten Streifenposten wurde am 27. d. M. in der Nacht zum Sonntag ein gemeinsamer Diebstahl verübt, an welchem Geschädigte auf dem Bürger Friedhof, die im Lotteriestrich frucht geschmückt waren, zu verurteilen. Der Friedhofspolier stellte auf seinem Rundgang am Sonntag früh fest, daß zahlreiche frische Stränge zerhackt und auseinandergerissen worden waren. Auf den Wegen lagen Blumen und zerfallene Tannenzweige umher. Die Kriminalpolizei wurde sofort verständigt und die Ermittlungen noch im Laufe des Vormittags nach Möglichkeit beendet. Die Ermittlungen der Polizei bewiesen sich bereits in einer bestimmten Richtung. Öffentlich wird der Täter bald gefast, damit die gemeine Tat ihre gerechte Sühne findet. Die Empörung unter der Einwohnerheit ist groß.

Schweres Motorradunglück zweier Reichswachtoldaten.

helle. Zwei Reichswachtoldaten aus Leipzig fuhren auf der Straße Halle-Leipzig in der Nähe von Jowitzschona mit ihrem Motorrad auf einen unbefestigten Untergrund auf. Bei dem Zusammenstoß wurden die beiden Reichswachtoldaten sowie der aus

Streckenfall bei Falls kommende Geschädigte schwer verletzt und seine Beine zertrümmert. Ein Weichschloß liegt lebensgefährlich verletzt im Hallischen Krankenhaus, wo auch die beiden anderen Verunglückten Aufnahme fanden.

Vor dem fideben Vergiftungsdelikt bewacht.

Alein-Mitlingen. In Allein-Mitlingen hat den Nachbarn das Festen des Arbeiters A. und seiner Ehefrau auf. Sie drangen darauf in das Schlafzimmer des Ehepaars ein und fanden es in bewußtlosem Zustande auf. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg gekrönt. Es stellte sich heraus, das ein mit der brennenden Grube in Verbindung stehendes Dienströhre nach seiner Umgestaltung nicht wieder abgeblendet worden war. Die entweichenden Röhrenabgase waren in das Schlafzimmer eingedrungen und hätten um ein Haar den Tod des Ehepaars herbeigeführt, wenn nicht im letzten Augenblick Hilfe gekommen wäre.

Großstadteinbrecher rauben für mehrere tausend Mark Wertgegenstände.

Wittenberg. Einen empfindlichen Verlust erlitt der Fleischermeister Hermann Hoppe aus Oßersberg, der an den Wittenberger Wochenmarkttagen hier immer seinen Verkaufsaum unterhält. Einbrecher drangen nachts in seinen Verkaufsraum und in die Räucherherde ein und raubten die gesamten Fleischt- und Wurstwaren, die für den Verkauf auf dem Wittenberger Wochenmarkt bestimmt waren. Der Schaden beträgt mehrere Tausend Mark. Die Einbrecher haben ihre Beute mit einem Tute besetzt gefüllt. Man nimmt an, daß es sich um Großstadteinbrecher handelt, die einen Beutezug in die Provinz unternommen hatten.

Anfälle bei der Arbeit.

Eger. Der bei der Domäne Eger beschäftigte Geschäftsführer B. fiel beim Drehen an der Feldschleife in einen an der Maschine befindlichen Haken und verletzte sich so schwer am Unterleib, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Wanzleben. Der in der Zuckerfabrik beschäftigte Müller kam mit der Hand in den Kotschreier und erlitt schwere Verletzungen. Er wurde ins Döberitzer Krankenhaus eingeliefert.

Leubus. Als die Pferde des Landwirts Tade plötzlich anjagen, fiel Tade vom Wagen und wurde überfahren. Mit einem Beinbruch mußte er ins Krankenhaus eingeliefert werden.







# S p o r t



## Der Arbeiter-Turn- und Sportbund e. V. ist der 1893 in Gera gegründete Bund.

Die juristische Beratungsstelle des kommunikativen Sportverbandes befreit das und bezeugt, der 1893 gerichtlich eingetragene (e. V.) Bund ist nicht die Fortsetzung des alten, sondern ein völlig neuer Bund. Diese völlig falsche Behauptung wird in den kommunikativen Sportvereinen und von den Beauftragten des SPD-Sportverbandes in den Bundesvereinen verbreitet, mit der Schlussfolgerung, daß die Bundesvereine dem e. V. Bund gegenüber keine Verpflichtungen erfüllen brauchen, und dieser nicht berechtigt ist, für die Erfüllung von Verpflichtungen anzuklagen. Weiter wird behauptet, die aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund e. V. ausgeschlossenen Vereine seien die Fortsetzung des 1893 in Gera gegründeten Bundes und hätten demzufolge das Recht, sich als Mitglieder des gerichtlich nicht eingetragenen Arbeiter-Turn- u. Sportbundes zu bezeichnen. Das ist falsch und dient zur Verfälscherung der Tatsachen.

„Fichte“ Berlin, der führende Verein des kommunikativen Sportverbandes hat sich trotzdem auf Bekanntheit als Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes begeben und Mitglieder mit dieser Beziehung herausgegeben. Es kam daraufhin zu einer Feststellungsfrage des Arbeiter-Turn- und Sportbundes e. V., die vor dem Landgericht Berlin von „Fichte“ verloren worden ist. Da die Entscheidung in der Feststellungsfrage grundsätzlich klar ist, hat „Fichte“ beim Kammergericht Berufung eingelegt. Die Berufung ist jetzt von diesem Gericht verworfen worden, weil es Fichte imwiderstreitend einsteht, in einer völlig ausschließlichen Angelegenheit zu prozessieren, und es deshalb vorzog, nicht erst die Berufungsgegenstände einzulösen. Das Urteil des Kammergerichts Berlin ist nicht rechtskräftig, monach festsetzt, daß der e. V. Bund kein neuer Bund, sondern der Rechtsnachfolger des 1893 in Gera gegründeten Arbeiter-Turnbundes ist. Nur die Vereine des e. V. Bundes dürfen sich als Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes bezeichnen.

## Arbeiter-sport in Holland.

Der am 19. Dezember 1926 von 54 begeisterten Arbeiter-sportverliebten gegründete niederländische Arbeiter-sportbund hat während seines fast fünfjährigen Bestehens eine sehr gute Entwicklung durchgemacht, die auf der Ermärkung beruht, daß die Mitgliederzahl bis zur fünfjährigsten 20 000 erreichen wird. Besonders zu nennen haben die Turngruppen „De Jonge Rieker Vloten“, in denen begreifbarst rasch Arbeit zu Hause ist. Der rasch forschende Fortschritt mit den deutschen und belgischen Arbeiter-sportern hat zur sportlichen Einmischung der holländischen Arbeiter-sportbewegung viel beigetragen. Auch jetzt ist der internationale Verkehr zwischen den holländischen und deutschen Arbeiter-sportvereinen die gegenseitige Veranstaltungsbeteiligung der Wassersportler. Auch in Handball und Tennis ist die gegenseitige Beteiligung bereits in vollen Gängen. Eine turnerische Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Bezirk Wachen des deutschen Bundes und den holländischen und belgischen Fachleistungen liefert auf diesem Gebiet erfolgreiche Arbeit. Daraus ist ersichtlich, daß auch die holländischen Arbeiter-sportvereine mit denen von Belgien.

Aben der wachsenden Erscheinenden niederländischen Verbandsteilung ist geplant, in Kürze, vorzüglich ein besonderes technisches Organ und eine Anordnungsstelle herauszugeben. Bei der Benutzung aller Möglichkeiten zum Aufbau der Landesorganisation ist die Verbindung dazu übergegangen, eine Verkaufsstelle für alle Sportartikel und Sportbekleidung einzurichten, ebenso eine Bundespartalle. Die Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und der Parteipresse hat viel dazu beigetragen, höhere Vorteile gegen eine selbständige Arbeiter-sportbewegung zu beschließen. Das Verständnis, das die niederländische Parteipresse dem Arbeiter-sport entgegenbringt, spricht, daß sie in Groningen, Amelo und Nierheim ständige Arbeiter-sportberichterlatter angelegt hat.

Die niederländische Verbandsteilung und mit ihr der Verbandshandlungsart lassen kein Mittel unversucht, den Arbeiter-sport in Holland auf breiterer Grundlage zu verantern. Daß sie dabei den richtigen Weg gehen, beweisen die Erfolge.

## Fußball.

### Drei Kreismeisterschaften.

Teutonia-Oberleben gegen Wader-Röhen 3:4, Wader-Braunschweig gegen Germania-Burg 1:1, Sahn-Wekerburg gegen Freie Turner-Wekerburg 2:5. Zum ersten Mal hat man am Sonntag den Meister des Braunschweiger Bezirks, Wader-Braunschweig, im Kampf um die Kreismeisterschaft. Die Braunschweiger hatten den Vorgang des heimischen Plages und konnten sich recht erholen. Jedoch fand ihnen in Germania-Burg ein völlig ebenerdiger Gegner gegenüber, ja man konnte sagen, daß Burg etwas größere Eigenschaften hatte. Burg spielte außerordentlich gut und hatte sich die Sympathie der circa 1000 Zuschauer bald erworben. Das Besondere läßt schon erkennen, daß sich zwei Mannschaften gegenüber fanden, die sich in ihren Leistungen ebenerdig waren. Keine der Mannschaften konnte eine Überlegenheit zustande bringen, so daß das Spiel übergeht offen war. Das Unentschieden ist, den Leistungen entsprechend, ein gerechtes Resultat.

Die Freien Turner-Wekerburger konnten auch ihr letztes Spiel glatt zu ihren Gunsten entscheiden. In der ersten Spielzeit konnte Sahn-Wekerburg das Spiel stets übernehmen, und es gelang sogar das Führungswort zu erzielen. Wekerburg konnte jedoch keine bis zum Wechsel noch zwei Tore vorlegen, dem nach der Pause direkt vom Anstoß weg das dritte Tor folgte. Im weiteren Verlauf zeigte sich der Sieger als die bessere Mannschaft und gewann verdient. 600 Zuschauer haben ein jederzeit interessantes und stets lautes Spiel. Trotz der Niederlage hinterließ Wekerburg einen guten Eindruck.

Zwei grundbescheidene Spielzeiten gab es im Treffen Teutonia-Oberleben gegen Wader-Röhen. Oberleben behauptete sich in der ersten Spielzeit ausgezeichnet und konnte bis zum Wechsel ein 3:1-Resultat halten. Dann aber schien es mit der Mannschaft vorbei zu sein. Röhen holte Tor um Tor auf. Schließlich war auch bald der 4. Treffer angebracht und damit der Sieg erzielt aber noch nicht abgesiegelt. Denn zum Schluß gab Teutonia nochmals mit aller Kraft aus sich heraus. Aber es war vergebliches Bemühen. Röhen konnte einen knappen Sieg mitnehmen.

Norddeutschland gegen Nordwestdeutschland 7:3 (3:2). Das erste Spiel dieser beiden Auswahlmannschaften hat die Erwartungen befriedigt. Das Spiel war in seinen technischen Leistungen nicht gleichwertig, als die Leistungen in den bisher von den norddeutschen Auswahlmannschaften des Deutschen Fußballbundes gezeigten Kämpfen. Nordwestdeutschland war besser als in dem Niederlageergebnis zum Ausdruck kommt.

Gleich zwei Vorentscheidungen und die Pommerische Fußballmeisterschaft. Es fehlt nicht viel, und das Spiel des Berliner Meisters Rodsig mit dem Sinterpannmermeister „Bormarts“ Barmberg hätte mit einer Überraschung geadet. Bis zum Tor Spiel schied hand der beiden Seiten unter Aufbietung aller Kräfte durchgehende Kampf torlos, bis dann Bodejak zum siebringenden Tor kam. — Am 2. Vorspiel um die Pommerische Meisterschaft gewann der mittelpommerische Meister „Greif“ Torgelow gegen den Meißner von Bormannern Oreswald 6:0 (1:0). Bis eine Viertelstunde vor Schluß leistete Oreswald vorzeulichen Widerstand; das Spiel stand zu dieser Zeit erst 2:0 für den Sieger. Dann hatte sich Oreswald ausgegeben, so daß Torgelow leicht den Sieg endgültig sicherstellen konnte.

Städtefußballspiel Hamburg gegen Garburg-Wilhelmshaven 6:3. Die vor dem Tor entfallenen Hamburger Stürmer entschieden gleichwertig. Dadurch wurde das Spiel zu einer stets Spannung ausgehenden Angelegenheit.

Nürnberg-Ost u. Wehen in Nordoberen im Kampf. Der frühere Fußballmeisterschaft hat in seinem Bezirk wieder die Bezirksmeisterschaft erungen. Sein alter Widersacher Nürnberg-Gostenhof ließ sich nur knapp mit 3:2 (3:1) bewinglen. Das vor 8000 Zuschauern im Nürnberger Stadion stattgefundene Spiel gefiel sehr gut. — EC. B. 1 in den, der neben Nürnberg-Ost als die stärkste norddeutsche Mannschaft gilt und wieder Bezirksmeister in seinem Bezirk geworden ist, trug gegen den Coburger Bezirksmeister Schen ein Gesellschaftsspiel aus, das überraschenderweise mit 2:2 endete. — Im Endspiel um die Regensburger Bezirksmeisterschaft schlug der Turn- und Sportverein Schwandorf die Mannschaft von Burgenseefeld mit 2:0.

2. Vorrundenkampf um die Gauflieger Fußballmeisterschaft. „Bormarts“ Röhen, das am Vorrundenende gegen Oßtern verlor, schlug den Cottbuser Bezirksmeister Cottbus 9:3 mit 6:1. Wenn auch mit einem Sieg von Röhen gerechnet wurde, so kommt er in dieser Höhe doch überraschend. Röhen führte bereits in der ersten Viertelstunde 4:0.

Interessante Fußballauswahlen in Mitteldeutschland. Anhalt gegen Bezirk Mueckberg 6:2 (2:0). Südliedmannschaft Burg gegen Wackerleben 4:2 (0:1).



Vorgüglich durchgeführte Übung am Pferd.

## Handball.

Norddeutscher Meister gegen Südliedmannschaft Hamburg 6:0 (3:0). Da hat man dem Norddeutschen Meister „Fichte“ Hamburg-Gemischte eine Südliedmannschaft besonders formals entgegenstellen wollen und mußte erleben, daß es sich keineswegs getrenn ließ und der Auswahlmannschaft reichlich etwas vorzupelte.

Knappe Handballergebnisse in Mitteldeutschland. Halle und Staßfurt-Beoboldshaus, die neben Magdeburg als handballstärkungen gelten, trugen ein Siedelpiel aus, daß Staßfurt mit 6:5 (2:2) gewann. — Der mehrtägige Sachsemeister Leipzig-Coburg war bei der sehr guten anhaltlichen Mannschaft von „Bormarts“ Barmberg Gast und verlor 8:7. Die Ergebnisse beider Spiele besätigen, daß vorzügliche Kämpfe geübet wurden.

## Magdeburg.

Bezirksmeister Fichte-Südbernburg gegen Turner-Schönebeck 20:1. Südbernburg scheint jedoch etwas zu spät in Form zu kommen, denn ihr Spiel reicht es noch nicht. Ein erster recht unerschütterliches Resultat brachte Bormarts Barmberg und Rangennbedingen von 15:5 heraus. Diesdorf und Hohenbroschen trennten sich 7:5. Magdeburg ist augenscheinlich mit der Ermittlung des Meisters der 2. Klasse beschäftigt, der dann in die erste Klasse aufsteigen soll. R. B. Magdeburg hatte sich dem Sportverein Eckart zu stellen, der glatt 7:0 geschlagen wurde. Mit den ausgerichteten Leistungen dürfte es der R. B. schaffen, den Weg in die erste Klasse wieder anzutreten. Von den Belagten Spielern verdient Beachtung das Sturm Schönebeck gegen Fr. 1. Bemedelnden 3:1 gewonnen tonnte.

## Anhalt.

Der Spitzenreiter, Sportverein Dessau-St. Köthen konnte einen sicheren Sieg verzeichnen, er schlug Sahn Gerst 11:3. Bormarts Barmberg führt in der anderen Gruppe und konnte auch diesmal Fr. 1. Köthen glatt 7:1 abfertigen. Dessau-Allen und Fichte Dessau, die Mittelplätze einnehmen, spielten 5:2. Bobbau und Roslau trennten sich 6:3, ein erwartungsgemäßes Resultat. Meißdorf gegen Or. Wilbau 3:0. Sportverein Dessau gegen Köstebitz 5:2. In Anhalt waren Wäite aus dem Thüringer Kreis. Sportklub Barmberg hatte sich Frankfurt verpflichtet und konnte mit 7:3 im Vorteil die beiden Bormarts Barmberg und Saite Barmberg kamen zu einem 2:2. Olympia Dessau schlug Wader Roslau knapp 4:3, während Dessau-Törpia Britannia Weinsdorf 3:0 schlugen konnte. Am letzten Spiel ist noch Sportvereine Dessau gegen Sportklub Köhnlitz genannt, daß Erfere 4:1 für sich entscheiden konnten.

Gäule aus dem benachbarten 7. und 8. Bezirk wollten in Halle.

Siehe Halle stellte sich Kamlin 1 und mußte den Gäülen einen 6:1-Sieg überlassen. Die 2. Mannschaft Kamlins traf auf Delig a. B. und konnte auch 3:0 gewinnen. Köthen dagegen schickte Heßia 3:1 geschlagen nach Haus.

## Anhalts Auswahlmannschaft.

Partelle am Aufstieg in Südbernburg und konnte die Auswahlmannschaft des 2. Bezirks 6:2 bewinglen. Einmal mehr Erfolg hatte ein Bürger Südliedmannschaft gegen die gleiche von Wackerleben, hier lautet das Resultat 4:2. Ein drittes Auswahlspiel fand in Wekerburg statt. Magdeburg schickte eine Mannschaft zum Kampf gegen die Gruppenmannschaft Eger Müde und gewann 6:2. Mit diesen Spielen sollte für den Arbeitssport gewonnen werden, jedoch äußerte unangenehme Witterung verleierte einen politischen Erfolg, wenn auch sportlich die Spiele einwandfrei und gut verliefen.

## Braunschweig.

Köpingen und Fr. 1. Braunschweig kämpften hart um die Spitze. Überraschend mußten sich die Braunschweiger 2:0 schlagen lassen.

## Halle.

Siehe-Zimmerdorf gewann gegen Zminiköna 5:0. Schwimmernimmerdorf mußten sich knapp 6:7 von Or.-Kanna schlagen lassen. Siehe Süd Halle konnte Oßhausen glatt 13:3 schlagen und Reinluge legte Luets 12:8 hin.

## Im Harzgebiet.

Der bei Eintracht Dierowal Bahn Or.-Osterleben zu Ost. Osterleben, das in seinem Bezirk mit zu den stärksten Vereinen gehört, mußte sich schon bis zum Wechsel 4:0 geschlagen betennen. Rad der Pause war es etwas sicherer in der Abwehr und konnte das Spiel offener gestalten.

## Wien gegen Niederösterreich 4:4.

Wien hatte das Spiel mit 4:1 schon fast wie gewonnen, bis die Niederösterreicher zu einem energischen Endspurt übergingen und das keineswegs ungerade unentschiedene Ergebnis erzwangen.

## Turnen: Leichtathletik.

Städtevereinsteam im Kunstturnen Hamburg — Magdeburg — Leipzig. Die besten Arbeiterturner der drei Städte, die in Hamburg zu einem Weltreit zusammengekommen waren, zeigten wieder hervorragendes Können. Sieger wurde die Leipziger Beteiligung mit 788 Punkten. Hamburg erreichte 744 und Magdeburg 738. In den einzelnen Gerdien erangen: am Barren Leipzig 259, Hamburg 245, Magdeburg 251; am Pferd: Leipzig 246, Hamburg 240, Magdeburg 230; am Reck: Leipzig 258, Hamburg 250 und Magdeburg 257 Punkte. Während Leipzig und Magdeburg am Barren sehr sicher laurten, blieb Hamburg an diesem Gerät insofne Zurückung zurück; dafür holte es am Reck gattlich auf.

## Schwimmen.

### Meisterschaften der österreichischen Arbeiterschwimmer.

In den in Wien ausgetragenen österreichischen Meisterschaften beteiligte sich auch der finnische Olympialieger Paananen. Meister wurden im 100 m Kraulschwimmen Hantl-Wien in 1. 06.4 Set., 100 m Brustschwimmen: Baananen-Finnland 1 Min. 19.8 Set., Barm-Bien 1 Min. 19.8 Set. (österreichische Höchstleistung); 200 m Kraulschwimmen: Capel-Wien, 2 Min. 39.4 Set.; 300 m Brustschwimmen: Baper-Wien 2 Min. 55.4 Set. (öster. Höchstleistung); Baananen-Finnland 2 Min. 55.8 Set.; Kunstspringen: Dirmhirn-Wien 965 Punkte; Turmspringen: Siedlmayer-Wien, 625 Punkte. Frauen: 100 m Kraulschwimmen: Schmeiger-Wien 1 Min. 39.4 Set.

Städtevereinsteamkämpfe Düsseldorf — Hannover — Köln und Wuppertal.

Eine glänzende Veranstaltung mit ausgezeichnetem Sport. In der 4 mal 100 m Stafette im Brustschwimmen stellte Düsseldorf in 5:45.6 min. eine neue Bundesrekordleistung auf. Wallerball: Düsseldorf — Hannover 3:1, Köln-Barm — Wuppertal 6:2. Nach der Befamwertung gewann Düsseldorf mit 41 Punkten vor Hannover mit 39.

## Notizen.

„Fußballturner“ und „Wur und Ziel“. Die „Freie Sportwoche“, das Blatt der Fuß- und Handballspieler, Leichtathleten und Winterportler des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, sowie das Bundesentscheid stellen mit Jahresreise ihr Erscheinen ein. Derzeit gibt der I.T.S. ab 1927 für die Fußballspieler die Wochenchrift „Der Fußballturner“, und für die Handball- und Tennisplayer, Leichtathleten und Winterportler die Wochenchrift „Wur und Ziel“ heraus. Der Bund wird dadurch den verschiedenen Wäiten aus der Kreise der Mitglieder und Funktionäre gerecht.

Bezirks-Frauenwettkunde. Am 28. und 29. November findet im Kreisheim Geratode eine Bezirks-Frauenwettkunde statt. Beginn am 28. November 20 Uhr. Sämtliche Teilnehmer, soweit sie im Kreisheim übermachen wollen, müssen sich beim Heimleiter Walter Schröder wegen Quartier anmelden.

U.-S.-B. Wettkerndung. Heute um 20 Uhr: Sitzung des Vorstandes und des Festausgusses im Lokal von Otto Hoffmann, Patentestraße.



— wenn du über die Straße gehst!  
Geh gerade hinüber, nicht schief!  
Sieh erst links bis zur Mitte,  
dann rechts und  
kehre nicht mitten drin um!



# Der Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich freitags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Demmlag 48. Fernruf 2314. Verlag: Volksstimme Halberstadt, Poststraße 26, u. S. P. Vertriebsort: für Politik u. Wirtschaft: Verlag: für den lokalen Teil: Wilhelm Kriegermann, für Postamt u. Inserate: Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonette ober deren Raum für Anzeigen aus Stadt und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restabgabe 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Poststraße 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 40 Wernigerode 4526 und Sollichbuchhandlung (Zeigeralb) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 274

Dienstag, den 24. November 1931

7. Jahrgang

## Mageres Resultat.

### Die acht Leitsätze des Wirtschaftsbeirats.

Die Regierung hat die Auseinandersetzungen im Wirtschaftsbeirat, in acht Leitsätzen zusammengefasst, am Montag veröffentlicht. Man darf diese Leitsätze, deren wesentliche wir an anderer Stelle mitteilen, nicht so beurteilen, als ob sie die einmütige Zustimmung des Wirtschaftsbeirates gefunden hätten. Der Regierung war sicherlich viel daran gelegen, Einmütigkeit zu erzielen. Das ist nicht gelungen und konnte nicht gelingen.

Die Leitsätze enthalten vieles, was die Vertreter der Gewerkschaften gebilligt haben; z. B. sind wichtige Vorfragen auf die Initiative der Gewerkschaftsvertreter zurückzuführen. Das gilt z. B. für die Wiederherstellung des Deflationspolitiks, für die Aufhebung der landwirtschaftlichen Produktionspreise, für die Konsumentenpreise, für die Abhebung jeglicher Deflation, für die Senkung der Zinsen, für Preise usw. Das sind Programmziele, die auch von den Gewerkschaften immer wieder gefordert worden sind.

Streitpunkt ist die Senkung der Zinsen und Gehälter. Die Regierung vertritt immer wieder, Zinsen und Preise zugleich senken zu wollen um eine Schrumpfung der Kaufkraft zu vermeiden. Das liegt zweifellos auch auf der Seite des angestrebten Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, das nach dem Wort des Reichspräsidenten „sozial gerecht“ und „wirtschaftlich wirksam“ sein soll. Wer gibt aber den Gewerkschaften in dem Prozess, den die Regierung mit ihrer bevorstehenden Ausrückung einleiten will, die Garantie, daß die Realöhne unausgesezt bleiben? Oder die andere Garantie, daß im neuen System die Reallohnempfänger vorziehen werden? Schließlich wird die Regierung Brünning nicht emigrieren und eine andere Regierung könnte z. B. aus Änderungen auf dem Gebiete des Schlichtungswesens Waffen schießen, die der Arbeiterklasse eines Tages arg bekommen könnte.

Das war sicherlich die eine Überlegung, die den Gewerkschaftsvertreter Brömann in der Sonntagssitzung des Wirtschaftsbeirates zu der Erklärung bewog, daß das Ergebnis der Verhandlungen die Arbeitnehmer nicht befriedigen könnte. Dieser Erklärung haben die Vertreter sämtlicher Gewerkschaften beigepflichtet. Des anderen sind die Forderungen der Gewerkschaften auf eine gesetzliche Regelung der 40 Stundenwoche entfallen worden. Diese und viele wirtschaftliche Überlegungen dürften die wichtigsten Gründe sein, die die Haltung aller Gewerkschaften bestimmen. Immer ihre entscheidende Meinung haben sie niemandem im Innern gelassen.

Die Reichsregierung hat in ihren Richtlinien zugleich Gelegenheit genommen, das Ziel ihres wirtschaftspolitischen Kurses näher zu umreißen. Sie spricht von einer Anzapfung der deutschen Vermögenswerte in die durch Währungsveränderungen und andere Gründe bedingten Preisveränderungen auf dem Weltmarkt. Sie will dadurch Arbeitslosigkeit und andere wirtschaftliche Schwierigkeiten vermeiden und arbeitet so das Ziel heraus, das Niveau der deutschen Beschäftigtenkosten zu senken. Sie will jedoch gerecht bleiben. Deshalb sollen, wie es in ihren Richtlinien heißt, unter Förderung der Bindungen, die für Preise und Zinsen bestehen, Preise und Zinsen in Übereinkunft miteinander gleichseitig herabgesetzt werden. Insbesondere will man die gebundenen Preise einem neuen Niveau anpassen.

Wir zweifeln nicht daran, daß es der Regierung mit der Senkung der Zinsen und Preise ernst ist. Wie die christlichen Gewerkschaften in einer Verabredung mitteilen, hat in der Sitzung des Wirtschaftsbeirates am Montag der Reichsarbeitsminister Stegerwald noch einmal nachdrücklich festgestellt, daß unter gar keinen Umständen daran gedacht werden, einseitig die Zinsen und Gehälter zu senken, sondern daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, neben den gebundenen Preisen auch alle anderen Preise, ebenso die Mieten und die Tarife für Gas, Elektrizität und Straßenbahn zu senken. Denn alle diese Posten sind zur Kostenverteilung des Arbeitnehmerhaushaltes wesentlich. Der Reichsarbeitsminister hat die Regierung mit dieser Erklärung festgesetzt. Aber es kommt schließlich alles darauf an, ob man Zinsen und Preise in dem Ausmaß senken kann, wie das erforderlich ist, um zu vermeiden, daß die Kaufkraft und der Reallohn in Deutschland einem unheilvollen Schrumpfungsprozess verfallen.

Wir sind überzeugt, daß man auf dem Gebiet der Kartell- und Monopolpreise, angefangen beim Eisen und bei der Kohle bis zum Getreide und der Straßenschnitzerei, der Mieten und der Warenartikel vieles tun kann, wenn man will. Wir sind auch überzeugt, daß das die Konjunktur beleben und anregen wird; auch Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten werden sich einstellen. Aber wir betreten, daß ein Ausmaß möglich ist, und deshalb wird eine Lohn- und Gehaltsentlastung, möge man sie immer wieder in Zusammenhang mit einer Währungsänderung, auf Kosten des Reallohnes gehen. So ist zu befürchten, daß der Prozess der Anzapfung, den die Regierung in ihren Richtlinien andeutet, mit einer Schrumpfung der Realöhne und der Kaufkraft enden wird. Damit begibt sich die Reichsregierung auf den Weg der von dem deutschen Unternehmertum seit zwei Jahren beantworteten Politik des einseitigen Lohnabbaues.

Auch das Unternehmertum hat den Arbeitern versprochen, die Wirtschaft durch Lohnabbau anzukurbeln und die leer gewordenen Werkstätten wieder zu besetzen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Politik des einseitigen Lohnabbaues hat das Arbeitslosentum vermehrt.

Die Politik der Reichsregierung muß u. E. ebenfalls mit einem Fiasko enden. In dem Brief des Reichspräsidenten an den Reichstagsrat, der die Beratungen des Wirtschaftsbeirates einleitete, wurde von einer Verminderung der Arbeitslosenheerde gesprochen. Wenn, entgegen dieser Hoffnung, sich die Arbeitslosigkeit weiter steigert — und menschlichen Gemüts nach kann es nicht anders sein — dann wird die Entlastung ein einseitiges Fiasko zurufen. Diese Entlastung kann mit dem Schicksal Deutschlands gleichbedeutend sein.

### Die Leitsätze.

Die von der Reichsregierung im Anschluß an die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat am Montag veröffentlichten Leitsätze lauten:

#### Aufgabe des kommenden Wirtschaftsprogramms

zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit und der anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Aufwendungen der gesamten Wirtschaft in weitem Maße an die teils durch Währungsveränderungen, teils durch andere Gründe bedingten Preisveränderungen auf den Weltmärkten und an die Vermögens- und Einkommenslage in Deutschland anzupassen, unter Abwägung der einzelnen Aufwendungen

und Werte aufeinander“. Der Wirtschaftsbeirat hält sich hierbei auf dem Boden der Reichsregierung, daß jegliche Maßnahmen inflationistischen Charakters entschieden abzulehnen und die Ausgaben durch einen unfaßlichen Plan in sich geschlossene u. von einander bedingende Maßnahmen zu lösen sei.

Voraussetzung einer Wiedereingliederung der deutschen Wirtschaft ist der

#### Ausgleich der Haushalte

im Reich, bei der Reichsbahn, in Ländern und Gemeinden“. Ferner sei es zur Wiederherstellung und Festigung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft im In- und Ausland notwendig, daß außer der dringend gebotenen Klärung der Reparationsfragen rechtzeitig vor Ablauf des Stillhalteabkommens eine Neuordnung über die in Deutschland investierten Kredite hinsichtlich Verzinsung, Amortisation und Sicherstellung geschaffen werde“. Uebereinkunft zwischen Reichsregierung und Wirtschaftsbeirat bestand darüber, daß eine weitere notwendige Voraussetzung umfassender wirtschaftlicher Maßnahmen eine baldige und klare Regelung der Verhältnisse zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Bankensystem sei, weil die im Juli d. J. in dem Monat der Bankrotte getroffenen notwendigen Regelungen selbstverständlich nur als Provisorium anzusehen sind“.

#### Zu dem Kapitel Preisbindung

betonen die Richtlinien, daß zur Erleichterung der Aufgabe eine Einmütigkeit auf Preise und Zinsen notwendig sei. „Unter Förderung der Bindungen, die auf beiden Gebieten bestehen, werden sie in Übereinkunft miteinander gleichseitig herab-

## „Der Lohn unantastbar!“

### Sozialdemokratische Forderungen an Brüning.

Am Montag fand in der Reichstagsloge eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung, auf der eine Reihe von wirtschaftlichen Angelegenheiten standen, erbat Abg. Breitfeld das Wort, um, wie er sagte, diese erliche sich bietende Gelegenheit zu einer Kritik an dem am Montag veröffentlichten

Kommuniqué über die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates

zu benutzen. Breitfeld warnte im Namen der Reichstagsfraktion die Regierung davor, daß sie in diesem Kommuniqué niedergelegten Thesen zur Grundlage eines Regierungsprogramms mache. Er verwies dabei hauptsächlich auf die Sätze über die Lohnentlastung und das Tarif- und Schlichtungswesen. Während von

der Ausföhrung des Reichstagsbeschlusses über die Winterhilfe mit Kohlen und Kartoffeln und die Sicherung der Invalidenversicherung gegen eine Zahlungsmisverteilung.

Durch Reichsgesetz vom 28. März 1931 ist die Reichsregierung verpflichtet, einer Erhöhung des Brotpreises vorzubeugen. Trotz dem ist in den letzten Monaten der Brotpreis über den vorhersehbaren Preis gestiegen, ohne daß Gegenmaßnahmen der Reichsregierung getroffen worden wären. Da außerdem durch die Knappheit an Roggen die Gefahr besteht, daß der Brotpreis sich in Zukunft noch mehr erhöht, verlangte die Sozialdemokratie strikte Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen.

Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Reichsminister

Schiele

sagte die Reichsregierung verbindlich zu, daß die Brottafel nach ihrem Wortlaut durchgeführt, der frühere Brotpreis wiederhergestellt werden soll und außerdem durch eine Verbilligung der Futtermittel die Verfallung des Roggens vermieden werden soll.

Nachdem verlangen die sozialdemokratischen Vertreter Kuhhäuser, Herz und Hilferding Auskunft über die von der Regierung zur Ausföhrung des Reichstagsbeschlusses über eine

#### zusätzliche Winterhilfe

getroffenen Maßnahmen. Die in einigen Gegenden abgeschlossenen Vereinbarungen zur Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für Erwerbslose wurden von den sozialdemokratischen Vertretern für nicht ausreichend erklärt; sie verlangen vielmehr aus neue eine obligatorische und einheitliche Regelung für das ganze Reich. Die Regierung stellte eine solche Regelung im Aussch. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine

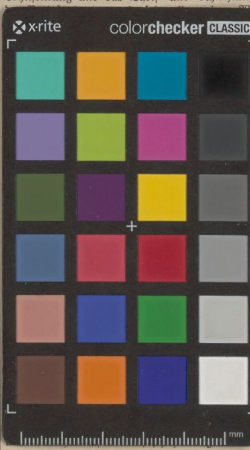
Verbilligung von Fleisch für Erwerbslose um 30 % pro Pfund beabsichtige.

Schließlich wurde die Finanznot der Invalidenversicherung erklärt und bargelegt, daß ein Anzahl von Landesversicherungs-Anstalten vor unmittelbare Zahlungsmisverteilungen stehen. Es wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie den notleidenden Anstalten ermöglicht, die Reichsfinanzangelegenheiten, die der Invalidenversicherung im Vorjahre aufgelaufen waren, mit Hilfe des Reiches, soweit erforderlich, klügig mäßigen zu können. Der Reichsfinanzminister legte letzte Mitteilung bei der Behebung der bestehenden Kassenschwierigkeiten der Landesversicherungs-Anstalten zu.

Wir dem Ergebnis der Verhandlungen wird sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag befähigen.

#### Der Bundesausschuß des ADGB.

ist für Mittwoch nach Berlin einberufen. Er wird sich in erster Linie mit den neuen Lohn- und wirtschaftspolitischen Leitsätzen der Reichsregierung befassen.



Die eigentlichen Verhandlungen betrafen die Sicherung des Brotpreises und der Droccoerzeugung.